

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. fern in's Haus, Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal, Unter-Abonnement: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 10 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 6919

zu sectionale-Gebühr betr. ägt für die in nächstfolgende Zeitstelle oder deren Raum 40 Pf., für Verweil- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Prestrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Juni 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Weuß-Strasse 2.

Dienstag, den 17. April 1894.

Expedition: SW. 19, Weuß-Strasse 3.

Utopisten und Idealisten.

Es giebt allerlei Utopisten und Idealisten. Vor einiger Zeit konnten wir z. B. den Nachweis liefern, daß der neue Reichskanzler, der sich einbildet, die Bismarck'sche Interessen-Politik für die „Großen“ mit reinlichen Mitteln durchzuführen, ein arger Idealist und Utopist sei. Und wenn seitdem der Herr Reichskanzler in seinen Streitereien mit den preussischen Junkern bei jeder Gelegenheit hat durchblicken lassen, daß er an die Möglichkeit glaubt, reinliche Politik im Interesse der Gesamtheit zu treiben und sich die Freundschaft der Junker erwerben zu können, so zeigt dies, daß der Herr Reichskanzler nicht bloß ein arger Idealist und Utopist ist, sondern auch ein Naiver, wie er im Buch steht und körperlich nur auf der Bühne zu finden ist.

Vor vierzehn Tagen erschien in einem Pariser Blatte, dem „Matin“, ein langer Bericht über ein Interview mit dem deutschen Reichskanzler. Der deutsche Reichskanzler zeigte sich darin als ein Idealist und Utopist im großen Stil. Er entwickelte, wie der „neue Kurs“, in den die Reichsregierung eingelenkt habe, die allmähliche Vereinigung aller Länder durch Handelsverträge, und schließlich einen allgemeinen Friedenszustand erstrebe, der die Armeen überflüssig mache.

Die Leser schüttelten den Kopf — viele Zeitungen verbreiteten die erstaunliche Mär in tiefsinnigen Leitartikeln — eine neue „neue Aera“ dämmerte schon auf, — als es plötzlich einem Piffikus einfiel, daß gerade 1. April gewesen war. Und richtig, das wunderbare Interview vom Capriovi'schen Zukunftsstaat war am Allerwelts-Markttag erschienen.

Sogar die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, jetzt des neuen, wie früher des alten Reichskanzlers Mädchen für Alles, war „hereingefallen“, und hatte sich zu einem schüchtern-verlegenen Dementi bewegen gefunden. War es am Ende doch wahr? Heutzutage ist ja alles möglich. Offenbar war ihr nicht geheuer zu Muth.

Ein lustiger Aprilscherz!
Lustig? Nein! Daß das Natürliche und Vernünftige, welches selbstverständlich sein sollte, heutzutage nur ein Aprilscherz ist, nur ein Aprilscherz sein kann, das würden wir sehr sehr traurig finden, wenn wir sentimentalischen Gefühlen der Trauer zugänglich wären — jedenfalls aber ist es die bitterste, beißendste Satire auf die herrschende Ordnung der Dinge, den vielgepriesenen Gegenwartsstaat.

Durch ein merkwürdiges Spiel des Zufalls wurde am gleichen Tag, wie jenes denkwürdige Capriovi-Interview — also am 1. April — von einer russischen Zeitschrift, der „Bibliotheka

Warszawska“, eine Studie über den nächsten Krieg veröffentlicht. Auf Grund alles vorliegenden Materials über die mörderische Wirkung der Waffen in früheren Kriegen, unter genauester ins Einzelne gehender Berechnung der Verlustziffern von früheren Schlachten, der Zahl der Soldaten, Flinten, Kanonen, Wunden und verschossenen Patronen, wird in diesem Aufsatz die Wahrscheinlichkeits-Ziffer der Verluste in dem großen Zukunftskrieg festgestellt, auf den sich die zivilisierte Menschheit des Gegenwartsstaats, oder richtiger der Gegenwartsstaaten, seit 24 Jahren, das heißt auf's Haar seit dem Tag nach der letzten Megelei im Großen — denn kein Tag durfte verloren werden — mit Aufgebot aller Kräfte und Kulturhilfsmittel vorbereitet.

Man kann nicht gewissenhafter und nicht gründlicher zu Werk gehen als der Verfasser des Essays — ein Herr Bloch, es gethan hat. Aus seinen Ziffern geht hervor, daß mit der Vervollkommnung der Waffen — was beiläufig in die Augen springt, von den Lobrednern des Massenmords jedoch hartnäckig geleugnet wird — nicht bloß die Zahl der „Treffer“, sondern auch das Verhältnis der Todten zu den Verwundeten fortwährend gewachsen ist und wächst.

Vor 1859 kam ein Treffer auf 143 Flintenschüsse; 1864 auf 66; 1868 auf 50 (bei den Preussen) und 66 (bei den Oesterreichern); 1870/71 auf 49.

Bloch kommt zu dem Schluß, daß durch das rauchschwarze Pulver und die größere Masanz und Präzision der Gewehre im Zukunftskrieg die Zahl der „Treffer“ ungefähr das Doppelte der Zahl von 1870/71 sein werde.

Und das Gewehrfeuer hat in allen modernen Schlachten die meisten Opfer geliefert.
Auch die Kanonen sind stets mörderischer geworden. In den Schlachten des italienischen Kriegs von 1859 verschossen bei Montebello 56 Kanonen je neun Projektil, bei Solferino 368 je 29. Im Jahre 1870 warfen bei Gravelotte 654 Kanonen durchschnittlich 53 und bei Sedan 582 sogar 57 Projektil.

Die neuen Kanonen schießen aber, nach Annahme der Artillerie-Offiziere, fünf Mal so gut (so weit und so scharf) als 1870, und zwei bis drei Mal so oft. Die Zahl der „Treffer“ wird somit, nach Adam Riese und nach Herrn Bloch, 12 bis 15 Mal so groß sein als 1870.

Und das ohne die neueste französische Kanone!
Die blanke Waffe, die schon in den letzten Kriegen eine ganz geringfügige Rolle spielte, wird in dem Zukunftskrieg noch mehr in den Hintergrund treten. Wir lassen sie daher bei Seite.

Fassen wir zusammen. Doppelt so viel „Treffer“ auf die Flinte, zwölf Mal so

viel „Treffer“ auf die Kanone und vier Mal so viel Menschen als Treffobjekte — wir wollten nicht sagen als Kanonen- und Flintensutter —, da kann Jeder, der das Einmaleins kann, sich ungefähr denken, was der Zukunftskrieg sein wird.

Und das ist kein Aprilscherz.
Oder doch?

Vor sechs Wochen kündigten die deutschen Sozialdemokraten im Reichstag einen Antrag an, der die Abschaffung des stehenden Heeres, d. h. zunächst dessen Ersatz durch ein wirkliches Volksheer und damit die Abschaffung der Kriege zwischen gebildeten Völkern bezweckt.

Einen ähnlichen Antrag haben die Sozialisten in der französischen Kammer bereits eingebracht. Und in der italienischen Kammer ist einer angekündigt — auch von sozialistischer Seite.

Herr v. Capriovi, der für den Weltfrieden schwärmt und für den Militarismus — gleich jenem Bäuerlein für die Republik und den Großherzog — und der mit der einen Hand die Junker und mit der anderen das gesammte Staatswesen beglücken will — Herr v. Capriovi ist unzweifelhaft ein Idealist und Utopist.

Und die Sozialdemokraten, die den Weltfrieden erstreben — sind sie nicht auch Idealisten und Utopisten? War ihr angekündigter Antrag auf Abschaffung der stehenden Heere nicht auch ein Aprilscherz — nur ein verfrühter?

Nun, die Sozialdemokraten haben — so dächten wir — seit einem vollen Menschenalter zur Genüge bewiesen, daß sie Röhren und Wollen in Harmonie zu bringen verstehen. Was sie unternommen haben, das haben sie bisher stets gethan, und jeden Widerstand aus dem Wege geräumt.

Als unsere Vertreter sich zur Ankündigung jenes Antrags entschlossen, waren sie sich der Hindernisse und Schwierigkeiten wohl bewußt; allein sie hatten vorher auch die eigenen Kräfte und die ihrer Gegner wohl abgeschätzt.

Wir sehen rings um uns die Verwüstungen des Militarismus — und wie die Erkenntniß der Wille aufdämmert. Wir sehen wie Italien keuchend am Boden liegt. Wir sehen das französische Volk sich gegen den Moloch erheben. Und wir wissen, daß am 15. Juni des vorigen Jahres eine Million Mehrheit der deutschen Wählerschaft ihr Votum gegen den Militarismus abgeben hat.

Nein — wir sind keine wolkenwandelnden Idealisten, obgleich wir Ideale haben. Wir sind keine Utopisten, denn wir rechnen mit gegebenen Größen. Und während der Capriovi'sche Aprilscherz sicherlich Aprilscherz bleibt, ist der sozialdemokratische Aprilscherz auf dem Weg der Wirklichkeit. —

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Ach, hochwürdiger Herr!“ begann Dagobert, bei dem die Nahrung die Oberhand gewann: „Nicht des Herzogs Wille führt mich hierher, sondern mein Herz, mein Herz allein!“

Der Prälat maß ihn mit stauenden Blicken. „Seltsam!“ sprach er alsdann, „was hätte ich mit Euerm Herzen zu schaffen, da ich Euer Gesicht nicht kenne, und Ihr Euern Namen hinter einem ehrenwerthen Verbergen müßt?“

„Brauche ich einen Namen vor Euch?“ fuhr Dagobert dringender fort: „Sprechen nicht aus meinem Gesichte bekannte Dinge zu Euerm Gefühl?“

„Ei, junger Gesell, Du wirfst doch nicht...“ entgegnete der Prälat betreten, und holte seine Brille aus dem Kermel: „Sendet Dich etwa... wie nennt sich Deine Mutter?“

„Wie mögt Ihr nach der Mutter fragen?“ sprach Dagobert weiter: „Die Edle ruht im Grabe; doch des Vaters Name...“

„Genug, genug, mein Sohn!“ unterbrach ihn der Oheim mit wachsender Befangenheit, und sein Blick suchte den Boden, während er die Hand zum Ruffe reichte: „Du bringst mir eine böse Nachricht. Rechnalnd ist tot? Gott genade ihrer Seele... Was willst Du aber beginnen...“ Für Dich zu sorgen, wird mir schwer werden;... wir armen Geistlichen werden in diesen neuesten Zeiten gedrückt und gepöndelt, als hätten wir des Erdrichs Schätze allein;... ich werde wahrlich nichts für Dich thun können.“

Dagobert betrachtete ihn während dieser Rede, ohne zu wissen, ob der Prälat Ernst mache oder Scherz, oder ob er

in einer plötzlichen Geistesabwesenheit also irre und verworren spreche.

„Wie ist Euch doch zu Sinne?“ begann er endlich, da die peinliche Verlegenheit des Geistlichen fortbauerte und sein Auge gleichsam aus dem Boden die versagenden Worte auszugraben sich anstellte: „Was Ihr mit der Rechnalnd zu thun begehrt, der Gott ein langes Leben, — oder, wäre sie wirklich gestorben — eine fröhliche Urfand schenken möge, — das weiß ich nicht. Ich habe nie eine dieses Namens gekannt, und meine Mutter hieß Wallrade, wie meine schlimme Schwester. Ich weiß jedoch ganz ausgemacht, daß ich nicht als zudringlicher Bettler mich bei Euch einfinde, sondern auf Euern ausbrüchlichen Wunsch und Willen, hochwürdiger Herr Oheim! Der Vater läßt Euch bestens grüßen, und die Stiefmutter. So Ihr mir zum Frommen dienen wollt, werd' ich's Euch herzlich danken. So sich aber Eure Willensmeinung geändert hätte, lehre ich stehenden Fußes um gen Frankfurt, ohne Groll und Reue.“

Mit jedem Worte des jungen Mannes war der Prälat aufmerksamer, ruhiger und ausgerückter geworden. Es spiegelte sich sogar eine Art von Freude in seinem Gesichte, als Dagobert geredet hatte. Durch die Brille studierte der Oheim einen Augenblick hindurch die Züge des Lehlers, und rief alsdann, ihm beide Hände reichend: „Ach, Du närrischer Knauz! Das ist ja etwas ganz anderes! Komm umarme deinen alten Oheim! Die heilige Jungfrau beneidee deinen Eingang!“

Dagobert umhalsste den blödsichtigen Prälaten und setzte sich, wie dieser es begehrte, neben ihn auf das Ruhebett. — „Ja, das ist ganz das Gesicht des Bruders!“ sprach Hieronymus: „Meine bösen Augen! Vergieb mir nur den Mißgriff, lieber Neffe. Du hast aber auch eine seltsame Weise, Dich einzuführen. Ich hätte darauf geschworen... siehst Du... diese Rechnalnd... sie war mein frommes Reichthum, da ich noch in Deutschland lebte, und... ihr Sohn, doch, ich werde Dir das bei gelegener Zeit erzählen. Sieh mir noch einmal die Hand. So! bist ein hübscher Dursche geworden. Nun, das ist ein

Erbtheil unseres Geschlechts. Aber in Deinem Wesen hatte ich mir nicht weniger als alles anders vorgestellt. Wo ist der geistliche Rock, das Piret? der Rosenkranz und der niedergeschlagene Blick? Du siehst aus, als ob Du zum Herrendienst an den Hof reiten wolltest, und nicht nach Wälschland in das Bartholomäistift.“

„Vergebung, Oheim!“ scherzte Dagobert und zupfte neckend an dem blondamastnen Ueberkleid des Prälaten: „Das ist eben auch nicht das Klostergewand.“

„Oheim!“ lächelte der Oheim selbstgefällig: „Die Klausur und Regel ist nicht mehr für den Geistlichen meines Standes. Wir haben von unten auf gebietet, und dürfen uns in reifen Jahren schon eine bequemere Freiheit erlauben, zumal hier in der Fremde, mit päpstlichem Dispens.“

„Hier in der Fremde?“ wiederholte Dagobert: „Ei lieber Oheim, Ihr seid ja hier im Vaterlande.“

„Welch' Geschwätz!“ entgegnete der Prälat, das Gesicht verziehend. „Wo ist des Priesters Vaterland? Da, wo der Statthalter Christi wohnt und herrscht mit den Fürsten seiner Kirche. Und war auch dieses nicht, so braucht man nur einen Fuß nach dem gelobten Lande Italia gesetzt zu haben, um sich fürder keine andere Heimath zu wünschen. Wahrlich, hätte nicht die Pflicht geboten, nimmer wäre ich zurückgekommen in das Reich ungehobelter deutscher Nation. Jenseits der Alpen weht eine heitere warme Luft; hier in Euerm trüben Winterlande erstickt mich der Duffen. Dort gehe ich durch helle geräumige Städte, hier verfinke ich im Morast enger winklicher Gassen, wie man sie in armen Dörfern nicht schlechter hat. Dort trinke ich köstlichen, mild und feurig zugleich schmeckenden Wein, esse herrliches Obst, Geflügel und Fisch. Hier quäle ich mich mit abscheulichem Kräuter, den Ihr lobt, weil er am Rhein wächst, und kalt und rauh ist, wie Eure Sitte; hier verderbe ich mir den Geschmack mit Holzapfeln und sauren Trauben. Dort höre ich eine Sprache, die wie Musika klingt, einen Gesang, dem gleich der lieben Engellein. Hier mußte ich mich bequemen, das widerliche deutsche Pfauen- und Hahnengeschrei anzuhören, es selbst wieder vorzusprechen, wenn ich mich ver-

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April.

Aus dem Reichstag. Vor gut besetztem Hause begann heute die Verhandlung über den Zentrumsantrag betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Die Reihe der Redner eröffnete Graf Gompech, welcher den in zweiter Lesung bereits angenommenen Antrag kurz begründete.

Gegen den Antrag sprachen Manteuffel, Stumm, der Nationalliberale Friedberg und Schröder von der freisinnigen Vereinigung, sowie unter anhaltender Heiterkeit des Hauses, der antisemitische Bauernbündler Hilpert.

Für den Antrag traten ein Benzmann, der Elässer Dr. Haas, Jagdewitz und in sehr interessanter Rede Liebknecht.

In namentlicher Abstimmung wurde hierauf der Antrag bei Abwesenheit von 82 Reichstagsmitgliedern mit einer Majorität von 28 Stimmen angenommen.

Eine längere Auseinandersetzung hatte ein Antrag Noeren zu dem Gesetzentwurf betr. den Schutz der Waarenbezeichnung im Gefolge. Nachdem festgestellt, daß der Zentrumsantrag auf Abänderung der Gewerbeordnung in dieser Session nicht mehr zur Verhandlung kommt, verfolgt die Partei die Taktik, die in jenem Antrag enthaltenen Forderungen, in Gestalt einzelner Paragraphen in anderen Vorlagen unterzubringen. So wurde es mit dem Hausparagrafen bei dem Abzahlungsgesetz versucht, und so heute mit dem Antrag Noeren, welcher sich gegen die schwindelhaften Anpreisungen wendet. Der Antrag Noeren wurde per Sammel sprung mit 181 gegen 112 Stimmen und dann ohne Debatte das ganze Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Dasselbe geschah mit dem vom Abgeordneten Schröder eingebrachten Entwurf betr. die Kündigungsverhältnisse der Handlungsgehilfen.

Bei der Feststellung der Tagesordnung zeigte sich, daß sämtliche Parteien abgeneigt sind, den von der Regierung jetzt erst eingebrachten Gesetzentwurf auf Abänderung des Zolltarifes noch in dieser Session zu beraten. An Stelle der Zolltarifs-Novelle wurde der Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes in die Tagesordnung eingestellt, so daß dieser Entwurf dieses Mal zur Verabschiedung durch den Reichstag gelangt.

Die Junker haben sich mit ihrem Getreidemonopol-Antrag eine tiefe Grube gegraben, daß sie aus ihr kaum mehr hinausklettern können. Leute, die Antzige, wie den Kanitzschen unterstützen, machen sich für die praktische Politik für immer unmöglich. Kann man sich denken, daß Herr Kanitz jemals preussischer Landwirtschaftsminister wird, daß eine Regierung einen der Herren zu sozialpolitischen Arbeiten heranzieht? Die ehrgeizigen Agrarier stellen sich selbst kalt und zwingen die Reichsregierung immer mehr zur Lösung ihres Verhältnisses mit der Rechten des Reichstages. Die Solidarität mit den Schlobaronen wird gleichzeitig untergraben und das Volk über die Unerfälllichkeit der Edelsten der Nation aufgeklärt. Dabei wird die Stellung der Reichsregierung erschüttert, da sie immer mehr an politischem Boden verliert, existiert doch die „große Ordnungspartei“ auf der Linken bloß im Kopfe des Herrn Eugen Richter. So kann man kurz das Urtheil über den Antrag Kanitz in den wenigen Worten zusammenfassen: „Der Antrag ist zwar durchaus antisozialistisch, (er nützt aber einzig und allein der Sozialdemokratie.“ Graf Kanitz als Vorarbeiter des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats! Mehr kann man gar nicht verlangen.

Noch eine Agrardebatte soll dem Reichstage vor seinem Auseinandergehen bescheert werden. Professor F r e s e r hat nämlich im Verein mit Dr. Hahn, einigen Konservativen, Antisemiten und Bauernbündlern folgende Interpellation an die Reichsregierung gestellt:

Wie gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reichs in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen, und welche Mittel des Ausgleichs gedenken sie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung anzuwenden?

Die Herren erwidern die öffentliche Meinung viel mehr, als daß sie sie wachrufen. Die Agrarier haben die Schlacht verloren. Kein Rückzugsgesetz kann die Niederlage in einen Sieg umwandeln.

„**Bladderdatzsch**“ und „**Zukunft**“ können sich noch immer nicht beruhigen, sie treten ihren Quart immer

stündlich machen will, und muß noch von Glück sagen, wenn ich nur dann und wann von fern ein deutsches Lied singen höre, das gewöhnlich nicht anders klingt, als wie eine knurrende Thür, deren Angeln des Dels erzwangeln, und zu welchem Euer verdammtes Instrument, der schwarze höllische Pommer, die beste Begleitung abgibt. Ich will nun gar nicht von Eurer plumphen Sitte, von Eurer schlechten Küche, von Eurer unständigen Hechlerreden, nicht von Euren unbequemen Häusern, wo man sich einrichten muß, wie Figura zeigt, das heißt, wie ein Bauer in seiner Lehmhütte und einen Wald in den Ofen zu werfen hat, wenn nur die Finger nicht erfrieren sollen; nicht von Eurer Raubsucht und erbärmlichen Kindererziehung, . . . denn alle diese Unformen und Mißgestalten sind an der Zahl Legion. Nur das gebe ich Dir zu verstehen, daß Du, um mir wahrhaft zu gefallen, und meiner Gunst würdig zu werden, die grobe deutsche Lebensart ab- und nebenbei eine schickliche geistliche Tracht anzulegen hast.“

„**Hm!**“ versetzte Dagobert lustig, „das Lehrtetere ist bald gethan, denn der Schneider macht in einem Tage den Alexiter fertig; aber das erste wird nicht so schnell gehen. Mir ist vaterländische Gewohnheit so ans Herz gewachsen, daß es gewaltiger Mühe bedürfte, sie sammt den Wurzeln heranzureißen.“

„Wie heißt das deutsche Sprichwort?“ fragte der Prälat: „Das eine Vernünftige miter tausend Albernern?“ „Alles, was Du willst, geschieht, so Dir's nicht an Muth gebricht.“ Beherzige das, und folge meiner Weisung; dann kann noch ein flamend Kirchenthurm aus Dir werden. Vor der Hand lasse Dir's indessen heute bei mir gefallen, und nimme vorlieb mit meinem Tische.“

„Das wird mir nicht schwer fallen.“ scherzte Dagobert, dessen schelmisches Lächeln, wie der verstoßene Blick auf die Leibeskräfte des Oheim's dem Lehrtetere nicht entgingen.

„**Hm!**“ sprach dieser mit aufgeworfenem Munde: „Freilich findest Du auf meiner geringen Tafel keine Pfeffermühle, keine Saffranbrühe, wie sie hier erfordert wird, keinen Wildbraten, der durch seinen Geruch jede seine Nase von dannen schenkt, aber deutscher Jäger und Edelknecht köf-

breiter, machen ihn aber nicht genießbarer. Sie entrißten sich über die Kemterbefugung des neuen Kurzes, wozu andere berechtigt sein können, sicherlich aber nicht die publizistischen Anwälte des Vaters der Herbert und Wilhelm Bismarck, deren rasche Karriere noch in aller Gedächtnis ist. —

Im 10. hannoverschen Reichstags-Wahlkreise soll die Erregung über den Erwählten des Kreises, Herrn Dr. Diederich Hahn, im Steigen begriffen sein. Dies ist aber nicht allzu ernst zu nehmen. So lange die bürgerlichen Parteien in dem Kreise nicht von den Sozialdemokraten majorisiert werden, werden sie auch mit Hahn zufrieden sein, ließen sie sich doch die Vertretung durch den Herzog von Lauenburg gefallen. —

Ueber „Sinn und Zweck“ der Unterdrückung der „Elsass-Lothringischen Volks-Zeitung“ spricht sich das Mülhauseer Reptil folgendermaßen aus:

Durch die Mülhauseer Blätter geht in mehr oder weniger bestimmter Form die Nachricht, daß eine neue sozialdemokratische Zeitung hier in Mülhausen im Verlag der Herren F. Bueb und J. Doppler demnächst erscheinen werde. Die verantwortliche Redaktion übernehme der Reichstags-Abgeordnete Bueb. Das neue Organ soll den Namen „Elsass-Lothringische Volks-Zeitung“ führen und in seiner ersten Nummer schon am Dienstag den 24. d. M. herausgegeben werden.

Wir können demgegenüber die bestimmende Versicherung geben, daß ein Wiederaufleben der unterdrückten „Volks-Zeitung“ unter anderem Namen seitens der Regierung in keiner Weise geduldet werden wird. — Die Unterdrückung hätte ja auch jeglichen Sinns und Zwecks entbehrt, wenn sie nur einen einfachen Namenswechsel im Gefolge gehabt hätte.

Damit giebt das naive Reptil zu, daß die Unterdrückung nicht der „Elsass-Lothringischen Volks-Zeitung“ an sich, sondern der sozialdemokratischen Presse überhaupt geschehen hat.

Was die rechtliche Bedeutung der Sache anbelangt, so liegt sie nach dem elsass-lothringischen Pressgesetz folgendermaßen:

In den Artikeln 1 und 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1868 heißt es: Die Herausgabe resp. Veröffentlichung von Zeitungen oder Zeitschriften durch volljährige und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Personen ist nicht von vorgängiger Genehmigung abhängig; dagegen darf keine Zeitung oder Zeitschrift erscheinen, wenn nicht mindestens 14 Tage vor dem Erscheinen dem Bezirkspräsidenten eine Anzeige eingereicht worden ist, welche 1. den Titel der Zeitung oder Zeitschrift und die Zeitabtheilung, in welchen sie erscheinen soll, 2. Namen, Wohnort und Rechte der Eigentümer, abgesehen von Kommanditisten, 3. Namen und Wohnung des Geschäftsführers, 4. Angabe der Druckerei, in welcher der Druck erfolgt, zu enthalten hat. Jede Aenderung bezüglich der vorbezeichneten Punkte ist der gleichen Anzeigepflicht unterworfen.

Es wird also zur Unterdrückung der neuen Zeitung eine neue Anwendung des Diktaturparagraphen notwendig sein. Das wäre abzuwarten. —

Die arme bürgerliche Gesellschaft. Sie fühlt sich sehr krank und dottort in einem fort an sich herum — was bekanntlich sogar den gesündesten Körper ins Grab bringen kann. Jetzt hat man entdeckt, daß „der unlautere Wettbewerb“ — im Codo Napoleon „concurrance deloyale“ genannt — schuld sei an dem geschäftlichen Niedergang und allen sonstigen Uebeln der Zeit. Der „unlautere Wettbewerb“ soll vernichtet werden — natürlich durch ein Gesetz. Nun giebt es aber eine bedenkliche Schwierigkeit. Wie packt man den unlauteren Wettbewerb? Wie definiert man ihn? Was ist unlauterer Wettbewerb? Was „lauterer“? Wo ist die Grenzlinie zwischen „lauterem“ und „unlauterem“ Wettbewerb?

Wir können den Herren Doktoren nur denselben Rath geben, wie man ihn Kindern giebt, die einen Vogel fangen wollen. „Streut ihm Salz auf den Schwanz.“ Ja, wenn dem Vogel das Salz auf den Schwanz gestreut ist, dann läßt er sich auch fangen. Und dann kann auch der „unlautere Wettbewerb“ von den Leiddoktoren der kranken bürgerlichen Gesellschaft gefangen werden. Vorläufig fehlt es noch an dem nöthigen Salz. —

Die Mord- und Bomben-Epidemie scheint eher zuzunehmen. Es vergeht kein Tag, ohne uns aus den verschiedenen Ländern die Kunde von einem Dugend und mehr schauerlicher Massenmorde zu bringen — wobei wir die geschichtlichen und noblen Massenmorde, genannt Krieg, „Expedition“, „Jährtigung von Rebellen“ u. s. w. gar nicht mitzählen. Daß verzweifelte Eltern all ihre Kinder und dann sich selbst tödten, daß ungetreue Kassirer, wenn sie merken, daß es mit ihrer Herrlichkeit ein Ende hat, sich

lichste Speise ist. Ebenso wenig aber darfst Du hoffen, ein schwelgerisches Mahl zu genießen, sondern die einfache Kost eines Dieners der Kirche, deren Oberhaupt sich einen Knecht der Knechte nennt.“

Die hübsche Pförtnerin, deren Reugierde durch den so sehr verlängerten Besuch aufs Höchste gereizt worden war, stetzte, erinnernd an den Ambis, den Kopf in die Stube. „Wir haben einen Gast“, rief ihr der Prälat freundlich nickend zu: „Diesen jungen Mann, in welchem ich Euch, werthe Fiorilla, meinen geliebten Neffen vorstelle.“

Fiorilla kramte ein Weibchen den Jüngling an, der so schnell ein Verwandter des Hauses geworden war; hierauf folgte sie jedoch der empfangenen Weisung, legte für den Geladenen Tellerbrot und Tellerkuch auf, setzte einen schön gearbeiteten Becher an seinen Platz, und bog sich hinweg, um die Speisen herauf fördern zu lassen. Dagobert hatte genau bemerkt, wie sein Ohm mit den Augen jeder Bewegung der holden Dienerin gefolgt war, und von Zeit zu Zeit auf ihn selbst einen prüfenden Blick geworfen hatte. Er gab sich daher alle Mühe, recht unbesungen zu scheinen, und fragte den Prälaten mit seinem besten Gleichmuth, ob Fiorilla etwa auch eine Verwandte sei, oder ob das Verhältniß der Magd sie an dies Haus binde. Hieronymus bejahte sich eine Weile. „Dieses Mädchen“ — sagte er hierauf — „ist nicht Verwandte, nicht Dienerin, sondern eine Tochter edeln Hauses, aus Cesena gebürtig, die durch ihr besonderes Vertrauen in mich meine Freundschaft und väterliche Theilnahme gewann. Ihre Reugierde und ihre Lust, die Welt zu sehen, zu bestreben, erlaubte ich ihr, einer schuldlosen Waise, mich hierher zu begleiten, wo sie dann als Freundin mein kleines Hauswesen zu besorgen unternommen, während sie vor der Welt, die in dem reinsten Verhältniß eine Stube wittert, meine Waise heißt.“

„Obschon ich die runde Maid mit den Flammenaugen nicht ungerne mein Wäschen nenne“, meinte Dagobert, „so begreife ich doch nicht, wie ein Mann von Eurer Würde und Heiligkeit sich zu dieser Unwahrheit herablassen könnte.“

(Fortsetzung folgt.)

mit sammt ihren Angehörigen ins Wasser stürzen, vergiften, oder mit allen Regeln der Fleischerkunst abschlagen, ist ein alltägliches Vorkommniß. Das Leben hat für erschreckend viele Menschen gar keinen Werth mehr, und so gleichgiltig sie gegen das eigene Leben sind, so gleichgiltig sind sie gegen das der Mitmenschen. Und das Sterben in Gesellschaft scheint ebenso seine Anziehungskraft zu haben, wie das Leben in Gesellschaft. Früher schoß ein unglücklicher Liebhaber sich eine Kugel durch den Kopf und die Sache war fertig — heute nimmt er die Geliebte „mit sich“. „Es müssen ihrer zwei sein.“ Die Mordepidemie ist allerdings eine sehr bedenkliche Erscheinung und die Herren Sozialpolitiker nicht bloß, sondern auch die Herren Politiker überhaupt sollten sich sehr ernstlich mit ihr beschäftigen. Sie würden dann bald dahinter kommen, daß hier eine sehr, sehr schwere und gefährliche „soziale Krankheit“ vorliegt, und daß die bühischen Rochtopf-Attentate — so weit sie echt sind — nur ein winziges Bruchtheilchen dieser epidemischen Verbrechen bilden, und zu der Summe der übrigen Mordgretel sich verhalten wie ein Maulwurfsbügel zu einem Berg. Schade nur, daß der Berg sich politisch nicht „fruktifizieren“ läßt. Da wird dann der Maulwurfsbau zum Berg gemacht und der Berg ignoriert. Das nennt sich moderne Staatsmannskunst. —

Das Dynamitmonopol wird in Oesterreich-Ungarn von der Regierung vorbereitet. —

Das Recht auf Arbeit in der Schweiz. Nach vier-tägiger Berathung hat der Nationalrath einstimmig beschlossen, dem Schweizer Volke die Ablehnung der Initiative für das Recht auf Arbeit zu empfehlen. Dagegen wurde nur mit zwei Stimmen Mehrheit, mit 69 gegen 67 Stimmen, ein Antrag verworfen, wodurch der Bundesrath den Auftrag erhalten sollte, die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu prüfen und staatliche Unterstützung von Arbeitsnachweis-Bureaus vorzubereiten. Die Berathung hatte sich um diesen Antrag gedreht und die Nothwendigkeit, Vorkehrungen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, wurde so vielfach betont, selbst vom Vorsitzenden des liberalen Zentrums, Regierungsrath Speiter von Basel, daß, wie ein gegnerisches Blatt, die „Kölnische Volks-Zeitung“, hierzu schreibt, die Sozialisten mit dem moralischen Erfolge ihrer Initiative eigentlich zufrieden sein könnten. Der Ständerath beantragt ebenfalls einstimmig die Verwerfung des Rechts auf Arbeit. Die Volksabstimmung wird nun noch im Laufe des Frühjahrs stattfinden: es unterliegt keinem Zweifel, daß das „Recht auf Arbeit“ von den Kantonen und vom Volke verworfen werden wird. —

Vom französischen Kolonial-Kriegsschauplatz meldet eine Depesche des Gouverneurs des Sudan, daß der Kommandant von Timbuctu, Oberst Joffre, am 23. und 25. März in der Gegend des See's Dire' et Goundam (?) einen Stamm Tuaregs geschlagen hat. 120 Tuaregs, unter denen sich die angesehensten Hauptlinge befanden, wurden getödtet. Der Verlust auf französischer Seite beträgt nur 2 (?) Verwundete. Zahlreiches Vieh wurde erbeutet. —

Der 1. Mai in England. Unser Londoner Korrespondent schreibt:

Daß die Bewegung für die Maifeier im Fluß ist, hat der „Vorwärts“ schon gemeldet, ebenso, daß ein Versuch gemacht werden soll, neben der großen Demonstration, die am 6. Mai stattfinden wird, eine möglichst große Demonstration auch schon am Tage des 1. Mai zu veranstalten. Indes wird diese letztere wohl auf die verschiedenen sozialistischen Vereine Londons und einige radikalere Gewerkschaften beschränkt bleiben. Die Masse der Trades Unions ist für diese Idee noch nicht reif. In einem Lande, das die Formen seiner politischen Kämpfe seit Menschenaltern ausgebildet hat, hält es schwer, neue Formen einzubürgern, so lange sich nicht die alten als werthlos herausgestellt. Der 1. Mai ist vorderhand hier nur erst Festtag der Sozialdemokratie, die die Avantgarde der Arbeiterpartei, aber noch nicht die Arbeiterpartei ist. —

Abelsparadiese. Ein Abelsparadies lernten wir neulich in Kamerun kennen. Dort werden die Weiber geprügelt und mißbraucht, und die Männer todtgeschossen oder gehängt, wenn sie sich nicht ohne zu mühen jedem Junkerwort flühen. Ein anderes Abelsparadies lernten wir vor Monaten kennen: Sizilien, mit seinen Latifundien — seinem herrlichen, unerschöpflich-fruchtbaren Land, in dem Kleinbesitz der großen Landlords — und das Volk im bittersten Elend, durch den Hunger zur Rebellion getrieben. Und jetzt lernen wir ein drittes Abelsparadies kennen: Andalusien — ein von der Natur wunderbar gesegnetes Land wie Sizilien — aber der unerschöpflich fruchtbare Boden im Kleinbesitz feudaler Landlords, die sich die Taschen füllen und das Volk Hungers sterben lassen — gerade wie in Sizilien. Die „Frankfurter Zeitung“ und andere bürgerliche Blätter stellen in ergreifenden Schilderungen diese Thatsache fest. Wir wollen der Magdeburger Zeitung, die uns weiland anklagte, wir hätten die sizilianischen Grenel zu Parteizwecken ex loge u, einige Anzüge entnehmen, damit sie in bezug auf Andalusien wenigstens festgenagelt ist. Im Leitartikel ihrer Nummer vom 12. April schreibt sie:

Man würde vollständig auf einer falschen Fährte begriffen sein, wollte man dieser Bauernbewegung einen politischen Charakter beilegen oder ihr Entstehen der Hauptfache nach auf Forderungen und Anstiftungen von anarchischer Seite zurückführen. So wenig es einerseits zweifelhaft sein kann, daß der spanische Sozialismus, der von dem Anarchismus sich kaum unterscheidet, sich die Stimmung der Landbevölkerung zu Nutzen macht, und so sicher es ist, daß der internationale Anarchismus in keinem Lande heute, selbst nicht in Italien, ein ergiebigeres Arbeits- und Agitationsfeld findet als in Spanien, so wenig kann es einem Zweifel unterliegen, daß die Bewegung spontan entstanden und von den Anarchisten nur geführt worden ist. Das treibende Motiv, das die bekanntlich ebenso geduldbigen wie genügamen Bauern veranlaßt, sich mit den Waffen gegen die Regierung zu erheben, ist der Hunger, die Sorge um die unentbehrlichen Nahrungsmittel.

Es ist kein Wunder, wenn die zu heller Verzweiflung getriebene, dabei durch die Regierung in grenzenloser Unwissenheit gelassene Bevölkerung den Versöhnungsversuchen der Anarchisten widerstandslos verfallt, ein Wunder wäre eher das Gegenteil, und vergeblich wird die Regierung durch strengere Verschärfung der Strafgesetze dem entgegenzutreten. Die Verbreitung des Anarchismus in Spanien zeigt, nebenbei bemerkt, auch wieder einmal, was man von denjenigen zu halten hat, welche glauben, mittels Stärkung des Konfessionalismus die anarchische Gefahr bekämpfen zu können; in Spanien fehlt es gewiß nicht an kirchlicher Befinnung und auch der Einfluß des Klerus läßt nichts zu wünschen übrig, trotzdem breitet sich der Anarchismus von Tag zu Tag mehr aus, trotzdem er werden sich die sinnlosesten Lehren je länger je mehr eine breite Anhängererschaft unter den Frömmsten der Frömmen.

Es würde uns zu weit führen, auf die Ursache der ja so feststehenden Thatsache einzugehen, wie es zu erklären ist, daß in Landstrichen, über welche die Natur die Fülle ihrer Gaben in verschwenderischer Gabe ausgebreitet hat, die Bevölkerung ihrer großen Mehrzahl nach darbt und hungert, die Erklärung ist ja auch von der Geschichte bereits übernommen. Was frühere Jahrhunderte gesündigt haben, muß von der lebenden Generation gebüßt werden, um so mehr, als die gegenwärtige Regierung sich derselben Unterlassungssünden schuldig gemacht hat, wie ihre Vorgängerinnen. Spanien ist nun einmal das klassische Land der Mißregierungen, eine Initiative zu sozialen Reformen hat auch die gegenwärtige Regierung sorgfältig vermieden, sie hat Millionen für die Expedition nach Marokko ausgegeben, um dem spanischen Nationalstolz und Größenwahn ein Opfer zu bringen, sie hat aber kein Geld für die notwendigen landwirtschaftlichen Meliorationen, durch welche weite Gebiete dem wirtschaftlichen Verfall entzogen werden könnten. Auch in Spanien gilt das Wort *Latifundia perdidit rem publicam*, der Großgrundbesitz absorbiert die besten Kräfte des Landes, er drückt die bäuerlichen Besitzer immer tiefer hinab und man kann wohl behaupten, daß die spanischen Grundbesitzer für ihre sozialen Pflichten noch weit weniger Verständnis haben als die Italiener.

Die Cortes sind von Parteien durchwühlt und zerfehrt, ohne Interesse für die sozialen Fragen, nur darauf bedacht, ihren Parteigenossen und Freunden die Krappen des Staates zu verschaffen, die Königin-Regentin ist zweifellos eine von den besten Absichten besetzte Frau, deren Gefühl durch die Leiden der armen Bevölkerungslagen lebhaft erregt wird, allein sie ist ohnmächtig und nicht in der Lage, die Initiative zu einer Politik zu ergreifen, von der allein eine nachhaltige Besserung der Verhältnisse erhofft werden könnte. Vergebens sieht man sich auch in den Parteien nach einem Staatsmanne um, welcher hierzu befähigt wäre. In der republikanischen Partei, die nicht ohne geheimes Vergnügen das Wachsen der Unzufriedenheit sieht, weil sie daraus eine Förderung ihrer Bestrebungen glaubt erwarten zu dürfen, ist eben so wenig Jemand vorhanden wie bei den Konservativen. Unter diesen Umständen kann es allerdings nicht Wunder nehmen, daß man in den Kreisen der europäischen Politiker über die weitere Entwicklung Spaniens und seiner Verhältnisse sehr pessimistisch denkt, es ist gar nicht abzusehen, auf welche Weise das Land dem wirtschaftlichen Ruin auf die Dauer entgehen soll.

Der Schilderung haben wir nichts hinzuzufügen, und auch die Kritik, welche das deutsche Bourgeoisblatt an die spanische Bourgeoisregierung legt, ermangelt nicht der Schärfe.

Falsch ist, daß die Sozialisten in Spanien sich „von den Anarchisten kaum unterscheiden“. Spanien ist dasjenige romanische Land, in welchem die Scheidung sich am ersten vollzogen hat, und aufs gründlichste.

Die Moral für uns Deutsche aber ist: sorgen wir dafür, daß Deutschland kein Neelparadies werde! —

Die portugiesischen Wahlen. Resultate über das Ergebnis der Wahlen, die am Sonnabend stattgefunden haben, liegen noch nicht vor. —

Aus dem politischen Wetterwinkel der Türkei wird über Cetinje, der Hauptstadt Montenegro's, gemeldet: Von Stutari sind mehrere Bataillone Infanterie und 11 Geschütze nach der montenegrinischen Grenze gesandt worden, wobei auch der Gouverneur erwartet wird. Schmittliche Häupter der albanesischen Stämme sind abgesetzt und durch andere Persönlichkeiten ersetzt worden.

Die türkische Regierung scheint demnach den zwischen Albanesen und Montenegrinern schwebenden Konflikt durch Entfaltung militärischer Autorität gegen die Albanesen friedlich beilegen zu wollen. —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 16. April 1894, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, v. Heyden, Hoffe, Miquel und Kommissar.

Die dritte Beratung des Staatshaushalts-Stats für 1894/95 wird fortgesetzt beim Spezialetat des Ministeriums des Innern.

Hg. Nicker (Hr. Vgg.) fragt, auf welcher Grundlage die Wahlstatistik der „Statistischen Korrespondenz“ beruht, ob sie nach Regierungsbezirken, Provinzen oder für den ganzen Staat aufgenommen sei. Am besten wäre eine Statistik nach Wahlkreisen.

Minister Graf Eulenburg: Die Statistik ist durch Zahlarten in allen Urwahlbezirken aufgenommen, kann also in ausgedehntem Maße bearbeitet werden. Zunächst werden weitere Veröffentlichungen in der „Stat. Korr.“ erfolgen und später eine umfassende Veröffentlichung in den bekannten Hefen des Statistischen Amtes.

Hg. v. Bappenheim (L.) empfiehlt eine gesetzliche Regelung der Verpflegungstationen, für welche die Mittel infolge der Aufhebung der *lux fuere* sich vermindert haben; ferner müsse eine reichsgesetzliche Einschränkung der Vagabondage eintreten.

Minister Graf Eulenburg: In den letzten 12 Jahren haben sich die Verpflegungstationen erheblich vermehrt; sie wurden meist von den Kreisen unterhalten. In eine kritische Lage sind sie dadurch gekommen, daß die Kreise, welche an einer Wanderstraße eine solche Station einrichteten, sich fragten, warum sie allein zu Gunsten anderer Kreise die Station unterhalten sollten. In anderen Staaten ist eine gesetzliche Regelung eingetreten, die auch bei uns in Betracht zu ziehen wäre.

Hg. Tschopp (L.) spricht seine Befriedigung über die in Aussicht gestellte gesetzliche Regelung des Verpflegungsstationswesens aus; dadurch werde auch eine einseitige Gestaltung der Stationen und deren Ausbildung zur Wanderarbeitsstätte erreicht werden können. Die Regelung müsse aber bald erfolgen, denn sonst verfallen die Verpflegungsstationen.

Hg. Nicker bittet um eine beschleunigte Veröffentlichung der Wahlstatistik für die einzelnen Wahlkreise.

Hg. Schreiber (H.) spricht sich gegen eine gesetzliche Regelung des Verpflegungsstationswesens aus, weil dadurch die Vagabondage vermehrt würde.

Hg. von Eynern (ntl.) hofft, daß dagegen das Gesetz Vorkehrungen treffen würde.

Hg. von Schalscha (Z.) spricht sich gegen eine gesetzliche Regelung des Verpflegungsstationswesens aus, welches den Gemeinden und der Privatwohlfähigkeit überlassen werden müsse. Minister Graf Eulenburg: Diese Sache kann nicht der Privatwohlfähigkeit überlassen werden. Die Einrichtungen sind meist von den Kreisen getroffen worden, da sie nicht bloß der Gemeinde zu gute kommen, wo sie eingerichtet sind.

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung richtet

Hg. Graf Rautz die Aufmerksamkeit der Regierung, namentlich des Eisenbahn-Ministers auf eine Eingabe ostpreussischer Landwirthe wegen Ermäßigung der Getreide-Brachtarife. Russisches Getreide werde zu Ausnahmetarifen gefahren, während die preussischen Landwirthe die normalen Tarife von doppelter Höhe entrichten müssen. Früher bestand die Vorchrift, daß das russische Getreide überseeisch exportiert werden müsse. Diese Beschränkung ist jetzt weggefallen; das russische Getreide tritt in Königsberg in den freien Verkehr. Die ostpreussische Landwirth-

schaft verliert den Absatz in Königsberg an die Konsumenten und an die Mühlen. Eine noch weitere Herabsetzung der russischen Brachtarife würde eine Herabsetzung auch der preussischen Tarife mit sich bringen. Zeitweilig hat die russische Regierung, um das Getreide zur Ausfuhr zu bringen, die Tarife auf den vierten Theil der preussischen Normaltarife herabgesetzt. Redner bittet den Landwirtschafts-Minister, diese Disparität zu beseitigen sich zu bemühen.

Minister von Heyden: Der bestehende Zustand ist allerdings ein unerfreulicher. Die Erwägungen über seine Beseitigung, die nicht so einfach ist, sind noch nicht abgeschlossen. Die Sache wird nicht aus den Augen verloren werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises muß in ihren, anscheinend günstigen Wirkungen noch abgewartet werden.

Auf eine Anregung des Abg. Ruel (natl.) erklärt der Minister von Heyden, daß eine allgemeine Amnestie für Forstverbrechen, die infolge des Futtermangels begangen sind, nicht in Aussicht genommen sei; die Regierungspräsidenten seien aufgefordert worden, die Begnadigungsgesuche schleunigst vorzulegen; aber zur Einreichung solcher Gesuche können sie nicht aufzuredern.

Beim Etat des Kultusministeriums kommt Abg. Senfardt-Magdeburg (natl.) auf das Hilfslehrerwesen an den höheren Lehranstalten zurück; er bleibt bei seiner Behauptung, daß an 81 Anstalten 2—11 Hilfslehrer als vollbeschäftigte Kräfte verwendet würden.

Hg. Oberfinanzrath Gernar erklärt, daß an keiner Staatsanstalt Hilfslehrer in so ausgedehntem Maße beschäftigt würden. Abg. Mottz (Vgl.) empfiehlt die Einrichtung eines Unterrichts in der juristischen Propädeutik an den Gymnasien.

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Novelle zum hannoverschen Wohnungsgesetz und Kaltegesetz.

Parlamentarisches.

Die Tabaksteuer-Kommission trat am Montag zu einer Sitzung zusammen. Wer erwartet hatte, daß die Tabakfabriksteuer in einer Sitzung abgelehnt und in den Ortus hinabgestoßen werden würde, hatte die Rechnung ohne die Regierungsvertreter und deren Freunde gemacht. In der heutigen Sitzung ergriff als erster Redner der Staatssekretär Graf v. Posadowsky das Wort, um in einer längeren Rede den Beweis zu führen, daß Deutschland in Zukunft höhere Einnahmen haben muß, um die beständig steigenden Ausgaben decken zu können. Er rechnete aus, daß, abgesehen von der zu erwartenden Erhöhung des Militärsetats, die Ausgaben um 7 630 000 M. steigen werden, während bei den Einnahmen nur eine Steigerung von 835 000 M. zu erwarten ist. Er sprach von der Branntweinsteuer, der Zuckersteuer, der Stempelsteuer und deren zukünftigen Erträgen; aber von der Tabaksteuer sagte er nur, daß die Regierung auf diese nicht verzichten könne. Lang war die Rede des Herrn Staatssekretärs, aber sie reichte nicht aus, um eine Sitzung auszufüllen, diese Wirkung wollte ihr Herr v. Stumm geben; er beantragte, die Sitzung jetzt abzubrechen, den Staatssekretär zu erfuchen, seine Rede drucken zu lassen und erst dann mit der Berathung fortzufahren, wenn die Rede gedruckt vorliege.

Nicker sprach gegen den Antrag und führte aus, daß der Zweck, welcher mit diesem Antrag erreicht werden solle, doch klar liegt. Die Regierung will nicht, daß in dieser Session eine Ablehnung der Steuervorlage erfolgt und sucht nun eine Beschlußfassung zu verhindern.

Singer wies darauf hin, daß die gedruckte Rede des Staatssekretärs in der vorliegenden Frage zum mindesten überflüssig sei. Wenn auch noch so gut nachgewiesen werde, daß die Regierung mit den Einnahmen die Ausgaben nicht decken könne, so sei damit noch keineswegs bewiesen, daß die Tabaksteuer angenommen werden müsse. Diese Steuer sei verwerflich, gleichviel wie der Etat sich in den nächsten Jahren gestalten werde.

Die Freunde der Vorlage ergriffen nun der Reihe nach das Wort und bekundeten dadurch die Geschäftsordnungs-Debatte bis 11½ Uhr aus.

Zur Sache selbst führt v. Bennigsen aus, daß so lange, als an eine höhere Besteuerung des Bieres nicht herangezogen wird, man den Tabak als vorzügliches Steuerobjekt in Betracht ziehen muß. Es fragt sich nur, welche Steuerform man wählt, um die höheren Erträge zu erzielen. Das Monopol ist in Deutschland nicht durchführbar. Auf unüberwindlichen Widerstand wird das englische System stoßen. Am Annehmlichsten erscheint daher die Fabriksteuer. Ob die in der Vorlage vorgeschlagenen Sätze die richtigen sind und ob die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes immer das Rechte treffen, könne man erst im Laufe der Diskussion feststellen.

Gescher will die Inlandsteuer von 45 M. beibehalten, für ausländische Blättertabak einen Zoll von 45 M. für den Doppelcentner und außerdem mindestens 60 pCt. vom Werth als Steuer erheben. Für ausländische Fabrikate will er mindestens 100 pCt. vom Werth erheben.

Auch Camp hält eine lange Rede für die Vorlage. Er kennt einen Fabrikanten, welcher gesagt haben soll, daß jährlich noch 10—12 Millionen Mark mehr aus dem Tabak herausgeschlagen werden können.

Darauf wird die Debatte bis Dienstag 10 Uhr Morgens vertagt.

Parteinachrichten.

Militärhollot. Die Militärbehörden in Brandenburg fahren fort, Werthe und sonstige Geschäftsleute zu hupollotiren. Bis jetzt sind bereits 55 Lokale für die Soldaten gesperrt. Nach dem Grundfah, *Wurst wider Wurst*, veröffentlicht die „Brandenburger Zeitung“ nun 52 Lokale, in welcher ihr Blatt ausliegt, und fordert die Parteigenossen auf, diese zu berücksichtigen. Wir werden nun sehen, wer den längsten Athem hat, die Militärbehörde oder die Sozialdemokraten. Damit aber dieser ernsten Sache der Humor nicht fehle, macht jetzt ein Brandenburger in Brandenburg bekannt, daß bei ihm die „Brandenburger Zeitung“, der „Wohre Jacob“ und noch verschiedene andere sozialistische Schriften öffentlich ausliegen und daß er sich darüber sehr wundere, daß dem bei ihm gerade sehr zahlreich verkorenden Militär der Besuch seines Geschäfts nicht verboten werde.

„Schärfere Handhabung“ der Gesetze in Sachsen. Die Amtschapfmannschaft Pirna hat eine Bekanntmachung erlassen, in der sie darauf aufmerksam macht, daß sie in Zukunft bei Vereinsvergütungen nur dann Zutritt zu erheben gestalten will, wenn die ganze Brutto-Einnahme zu wohlthätigen Zwecken verwendet wird oder aber als Netto-Ertrag eine ansehnliche Summe garantiert, nach Befinden vor Beginn der Frühlingszeit hinterlegt wird. Die Arbeiter werden sich natürlich auch damit abzufinden wissen.

Genosse Dr. Ellenbogen in Wien war vom Bezirksgericht zu einem Monat Arrest verurtheilt worden, weil er in einer Versammlung das Parlament beleidigt haben sollte. Gleichzeitig wurde Genosse Schrammel, der in jener Versammlung den Vorstoß geführt, vom Staatsanwalt angeklagt, weil er die inkriminirte Äußerung ungerügt hatte passiren lassen. Schrammel wurde aber freigesprochen. Die hiergegen eingelegte Berufung des Staatsanwalts wurde verworfen.

New-York, 3. April. Zu der in meinen letzten Berichten behandelten Frage des § 10 hat nun die hiesige Section der sozialistischen Arbeiterpartei Stellung genommen und mit großer

Majorität eine Resolution beschlossen, worin sie sich für die Haltung des „Vorwärts“ erklärt. Es ist infolge dessen die Polemik über diese Angelegenheit seitens der „Volkzeitung“ eingestellt worden. Es sei nun noch, als zum Thema gehörig, einer Distrikts-Erwählung gedenken, welche vor kurzem in der hiesigen Central Labor Union über einen Antrag auf selbständige politische Aktion stattgefunden hat; man kann sich daraus einen ungefähren Begriff machen, welches Jerrbild jene Aktion in solchen Händen werden müßte. Das bekannte Wastweid Weismann erklärte, er wolle nichts mit „Partei“politik zu thun haben; auch seien für einen kräftigen Kern einer politischen Arbeiterbewegung „nicht genügend Leute“ vorhanden. Archibald, ein vor wenigen Jahren aus England eingewandertes Tapezierer, welcher aber schon binnen kurzer Zeit so „hoollefest“ war, wie nur einer der alten politischen Drahtzieher, meinte, eine politische Arbeiterpartei könne wohl erfolgreich sein, doch müsse sie „sehr vorsichtig“ zu Werke gehen! Deleat Kelly traut der Geschichte nicht recht, weil die Arbeiter zu uneinig seien; ein anderer, Harris, hat kein Vertrauen zu den amerikanischen Arbeitern; er habe welche gesehen, deren Ähnen im Revolutionskrieg gekämpft, die bei den Wahlen ihre Stimme für zwei Dollars veräußerten. Nur ein Redner, Conclin, hatte keine derartigen „Kinkerlitzchen“ (wie sich der verstorbene Genosse Diehgen auszudrücken pflegte) vorzubringen und erklärte, man solle die Arbeiter politisch einigen, dann würden sie auch auf ökonomischem Gebiet zusammenhalten. Die Angelegenheit wurde schließlich — mit 15 gegen 14 Stimmen — zurückgelegt. Oskar Reede, welcher sich gleich seinen gemessenen Lebensgefährten seit Entlassung aus der Haft nicht viel am öffentlichen Leben betheiligte, ist kürzlich als Festredner bei der Kommunefeier in Milwaukee entschieden für die sozialistische Politik eingetreten. Er ermahnte am Schluß seiner Rede die Arbeiter, den Stimmläuten richtig zu benutzen, so lange ihnen dieses Recht bleibe. Bis zu der Zeit, wo die Kapitalisten den Arbeitern dieses Recht nehmen würden, werde hoffentlich das Kind, das 1871 seine Bluttaufe erhalten, bis zur Reife gelangt sein: die soziale Revolution. „Dem Sozialismus gehört die Zukunft.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Auch ein Verbrechen. Der Expedient der „Brandenburger Zeitung“ in Zehdenitz erhielt einen polizeilichen Strafbefehl von 15 Mark, weil er das furchtbare Verbrechen sich zu Schulden hatte kommen lassen, das betreffende Blatt durch einen Schuldnaben austrogen zu lassen. Aber nicht etwa wegen Uebertretung der Gewerbe-Ordnung (unbefugte Beschäftigung jugendlicher Arbeiter), nein, sondern weil die Brandenburger Zeitung eine die „öffentliche Ordnung störende Schrift“ ist und dem Jungen Gelegenheit gegeben war, sie zu lesen. Und das muß gerochen werden.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Metallarbeiter!

Am 14. April sind 84 ungestempelte Listen für die streikenden Formen in Neula, und zwar die Nummern 307—340, verloren gegangen, ebenso 5 bereits gezeichnete Listen.

Sollten dieselben irgendwo auftauchen, so sind dieselben anzuhalten und an den Unterzeichneten abzuliefern.

Otto Raether,

Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter,
Berlin N., Anklamer-Straße 44.

Achtung! Kautschuk, Pfefferkautschuk und verwandter Berufsgenossen. Am heutigen Abend 8½ Uhr findet bei Seefeldt, Grenadierstraße, eine Verammlung statt, in welcher der Verbandvorsitzende Kollege Bökkel-Hamburg über „unsere wirtschaftliche Lage“ referiren wird.

Kollegen! Diese Verammlung ist eine äußerst wichtige und ersuchen wir Euch, recht zahlreich an derselben sich zu betheiligen.

J. A.: Haase, Schulzenbergr. 4.

Holzarbeiter-Verband. Die laut Beschluß der an Ostern in hiesiger Stadt tagenden Konferenz der bayerischen Holzstellen dieses des Rheines des deutschen Holzarbeiter-Verbandes gegründete Agitationskommission mit dem Sitz Nürnberg hat sich nunmehr konstituiert und sind alle Mitglieder an G. Scheiderer, Schreiner, Nagelbergstr. 3a, alle Geldsendungen an F. Haffner, Drechsler, Braterstr. 20, zu richten.

200 streikende Bildhauergehilfen sammelten sich am Sonntag vor der Wohnung des Genossenschaftsvorstandes in Wien, um zu demonstrieren. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Die Bergleute von Mons veranstalteten am vergangenen Sonntag eine Manifestation zum Andenken an ihre bei Gemappes im vorigen Jahre erschossenen Kameraden. Die Kundgebung, zu der sich gegen 4000 Personen eingefunden hatten, verlief in ruhigster Weise.

Arbeitsverhältnisse in Rußland. In Moskow am Don (Südrußland) haben zuverlässigen Meldungen zufolge, ungefähr 1800 Arbeiter der Werksstätten der Wladikavkaz-Eisenbahn die Arbeit niedergelegt, weil ihnen ihre Forderungen nach Erhöhung des Arbeitslohnes, Verminderung der Geldstrafen u. s. w. nicht gewährt wurden. Da das donische Kosakengebiet der Militärverwaltung untersteht, ist die Angelegenheit dem Kriegsminister und dem Justizminister zur Untersuchung übergeben. Die Arbeiter verhalten sich vollständig ruhig. Auch in Charkow und in Kolomna haben sich Arbeiterbewegungen gezeigt, ohne jedoch größeren Umfang anzunehmen.

Witterungsübersicht vom 16. April.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Wolkenhöhe (Stafa 1—12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 50 F. = 9° R.
Swinemünde	760	SSO	5	heiter	11
Hamburg	757	SSO	4	halb bedekt	12
Berlin	760	SSO	3	heiter	13
Wiesbaden	757	SSW	2	bedekt	13
München	758	SSW	2	wolfig	12
Wien	763	SO	2	halb bedekt	11
Haparanda	763	SSW	2	wolfig	2
Petersburg	770	SO	1	Dunst	6
Cort.	745	R	1	heiter	6
Aberdeen	752	ONO	1	bedekt	6
Paris	754	SW	3	wolkenlos	11

Witterung in Deutschland am 16. April, 8 Uhr Morgens. Bei fallendem Barometer haben die südlichen Winde an Stärke etwas zugenommen und allgemein eine weitere, ziemlich bedeutende Erwärmung herbeigeführt. In Berlin stieg das Thermometer gestern Nachmittag über 20 Grad Celsius; heute Morgen zeigt es hier wie in Karlsruhe und Wiesbaden bereits 13 Grad an den übrigen Stationen zwischen 10 und 12 Grad Celsius. Das Wetter ist im Nordosten, bis zur Elbe hin, trocken und größtentheils heiter, im Westen und Süden trübe; im oberen Rheingebiet und in Westfalen finden Regenschauer statt.

Berliner Wetterbureau.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 17. April 1894. Etwas kühleres, ziemlich trübes Wetter mit Regenschauern und mäßigen bis frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 17. April.
Opernhaus. Falstaff.
Schauspielhaus. Vom landwirth- schaftlichen Valle.
Deutsches Theater. Der Herr Sen- ator.
Berliner Theater. Aus eigenem Recht.
Lesing-Theater. Niobe.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Fledermaus.
Residenz-Theater. Desoriet.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Der neue Kurs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die Nachten von Paris.
National-Theater. Gefährliche Waffen.
Theater Unter den Linden. Der Mikado. Hierauf Columbia.
American-Theater. Lumpen-Su- sanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten: Vor- stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten- Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten- Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten- Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten- Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität. Novität.
Dienstag, den 17. April:
Gefährliche Waffen.
 Schauspiel in 5 Akten und 7 Bildern (nach dem gleichnamigen Roman des Berliner Lokal-Anzeigers) von Doris Freilin v. Spätgen) von Hugo Bussse. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
 Anfang der Abendvorstellung 7 1/2 Uhr.
 Morgen: **Gefährliche Waffen.**

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Zum 10. Male:
Der neue Kurs.
 Pöffe mit Gesang in 3 Akten von Leopold Gp.
 Musik von Julius Einddshofer.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Morgen: „Der neue Kurs“.

Adolph Ernst-Theater.

Heute:
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Gd. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panoptikum.

Im 9. Kreise der Hölle:
 Der Rutsch a. d. Rastmeyer.
 Elite-Damenkapelle Austria.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Etablissement Berl.
 Täglich bei freiem Entree
 abwechselndes Programm
 der österreichischen Damenkapelle
 „Dittl“
 in kolarussischen Nationalkostümen.
 Auftreten von
 Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,
 sowie Auftreten der nordamerikanisch.
 Regergesellschaft **Mr. Brown.**
 Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 3 Regelbahnen. 6 Billards, pro
 Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambrius.
**Säle für Versammlungen
 und Festlichkeiten**
 sind noch an verschiedenen Tagen
 zu haben.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten- Theater.
 Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Borchmister Familien-Aufenthalt. Neu! Eingeseift. Neu! Operette in 1 Akt v. A. L'Arronge.
 Vorher:
Er soll dein Herr sein.
 Pöffe mit Gesang in 1 Akt.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
 R. Winkler.

Kaufmann's Variété.
 Täglich renovirt!
 Neue Direction!
Eletr. Beleuchtung.
 Täglich:
Große Künstler-Spezialitäten- Vorstellung.
 Auftreten von Künstlern I. Ranges.
 Kapelle 24 Mann stark.
Anfang 8 Uhr.

Böhmisches Brauhaus.
 Landsberger Allee.
Dienstag, den 17. April:
Abschieds-Soirée
 der **Stettiner Sänger**
Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf 40 Pf.
 (S. Plakate).

Passage-Panoptikum.
 Die **Glocke**
 von Fr. v. Schiller.
 Musik von Romberg.
 Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Nur noch kurze Zeit.
Circus Renz.
 (Parlstraße.)
Dienstag, den 17. April:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Nur anj zur frühlichen Jagd!
 Parforce- u. Kasladentritt. Ballet von 100 Damen. Meute von 40 Hunden.
 Außerdem: Der ostpreussische Hengst Edinburgh, neu dress. u. vorges. von Herrn R. Renz; Cyd und der Steiger Solon, ger. von Frau Renz-Stark; der kausf. Jockey Wassilliam; die Lustgymnast. Gebr. Wortley; Mr. Lavator Leo u. s. w.
Mittwoch:
Auf, auf, zur frühlichen Jagd.
 Fr. Renz, Direktor.

Achtung! Achtung!
Gesangvereine,
 die gewillt sind, unser **Maifest**
 am Dienstag, den 1. Mai, verschönern zu helfen, werden hiermit gebeten, sich an den Genossen **Hermann Kube,** Schillerstr. 82, Hof 2 Tr., bis Sonn- abend, den 21. d. M., zu wenden.
Das Maifest-Komitee in Charlottenburg.

Orts-Krankenkasse Borsyagen-Rummelsburg.
Vertreter-Generalversammlung
 am Mittwoch, den 25. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, im **Vowinkel'schen** Lokale, Hauptstr. 83, hier.
Tages-Ordnung:
 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1893. 2. Erziehung für zwei aus- scheidende Vorstandmitglieder (Arbeits- nehmer). 3. Befolgung des Mandanten. 4. Verschiedenes. 497/15
 Rummelsburg, den 14. April 1894.
 Der Kassen-Vorstand: **M. A. Rohr.**

Lassalle- Nadeln u. Wiedervert. Muster franco geg. Einsf. v. 20 Pf. S. Guttman, Brunnenstr. 9.

Durch die Geburt eines strammen Sozialdemokraten wurden hocherfreut am 15. April trotz Sonntagsruhe 3041b **A. Rosell und Frau**
 Unserm Kassirer, Pfropfenbruder **Emil Pöhlmann,** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! 3026b
Der Pfropfenverein Wedding.
 Emil diesmal geht's links rum.
 Unserm Freunde und Genossen **Eduard Thom** zu seinem drei- undzwanzigsten Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze 34. lebt! **Eduard, mußt lieben!** 3037b
Deine Freunde A., S., W.

Arbeiter-Bildungsverein für Steglitz und Umgegend.
Todes-Anzeige.
 Den Genossen diene hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Bentsch**
 am 14. d. Mts. an der Proletarier- krankheit verstorben ist.
 Der Vorstand.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. Mts., Abends 1/6 Uhr, von der Leichenhalle zu Steglitz aus statt. Treffpunkt 5 Uhr in der „Krone“.

Allen Freunden und Bekannten meines verstorbenen Mannes, des **Ingers E. Roggan,** zur Nachricht, daß derselbe am Dienstag, 17. April, Nachmittags 4 Uhr, vom Emmaus- Kirchhof aus beerdigt wird. 3040b
Frau Roggan nebst Kindern.
 Wrangelstraße 76.

Steinarbeitern Berlins
 die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Fritz Siegle**
 am Sonntag, den 15. April, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mitt- woch, den 18. d. M., von Schönberg, Sedanstr. 69, aus statt.
 Zahlreicher Beteiligung sieht ent- gegen **Der Vertrauensmann.**

Danksagung.
 Allen Theilnehmern der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Onkels und Schwagers, des Gürtlerinvaliden **Eduard Specht,** meinen herzlichsten Dank. 3039b
Klara Specht, Witwe, nebst Kindern.
Danksagung.
 Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben, so früh dahingeshiedenen Mannes, unseres Sohnes, Vaters und Bruders, sagen wir allen unseren tief- gefühlten Dank für die rege Theilhei- lung und reichen Blumenpenden.
 Die tieftrauernde Wittwe **Anna Pietzsch** nebst Kindern und Angehörigen.

Orts-Krankenkasse der Böttcher Berlins.
Dienstag, den 24. d. Mts.,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Heise, Lichtenbergerstraße 21,
Delegirten-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Gesamt-Vorstandes (3 Arbeiter, 6 Arbeitnehmers). Die Wahl der Arbeitgeber findet getrennt statt. 2. Beschlußfassung einiger Para- graphen betreff der weiblichen Arbeiter. 3. Erhöhung der Beiträge. 135/
Der Vorstand.
See mann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Maler und verwandten Gewerbe.
Freitag, den 20. April 1894,
 Abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung der Delegirten
 bei Teigmüller, Alte Jakobstraße 48a.
Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1893. 2. Geschäftliche Mittheilungen des Vorstandes. 3. Erziehung der Krankenfürsorge. 4. Verschiedenes. Abends 8 Uhr:
Erziehung eines Vorstands- Mitgliedes (Arbeitgeber).
 Die Herren Arbeitgeber werden hier- durch ersucht, um 8 Uhr gest. erscheinen zu wollen, um die Erziehung eines Vorstands-Mitgliedes vorzunehmen.
Der Vorstand.
S. A.: H. Wontker, Vorsitzender, 3046b
 Memelerstr. 61.

Sozialitärer Bund.
Mittwoch, 18. April, Ab. 8 1/2 Uhr,
 in den Arminhallen,
 Kommandantenstraße Nr. 20:
Öffentliche Versammlung.
 Vortrag von **E. Keil** über: „Das schädliche Gewalteigenthum und das berechtigte Einzeleigenthum.“
 Gäste sind hiermit eingeladen. — Eintritt 15 Pf. 3033b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 am Dienstag, den 17. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, in der „Arania“, Wrangelstr. 9/10.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Revisoren
 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Robert Schmidt** über: Die Ein- schränkung der Kolportage (Antrag Gröber im Reichstags) und die Sozial- demokratie. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
 Als neue Broschüre kommt zur Vertheilung: „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ von Dieckgen. — Gäste sind willkommen. — Die Mit- glieder werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen und ihren event. Wohnungswechsel an folgenden **Zahlstellen** mitzutheilen:

Osten.
 O. Zabel, Frankfurter Allee 90, Rest.
 E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
 W. Lock, Friedrichsbergerstr. 11, Rest.
 C. Ratke, Krautstr. 48, Restaurant.
 G. Spickermann, Markuststr. 6, Rest.
 F. Krause, Landsberger Allee 152, Rest.
 P. Pöller, Breslauerstr. 27, Restaurant.
 Manlok, Barnimstr. 42, Zigarrengesch.
 G. Tempel, Langestr. 65, Restaurant.
Süd-Osten.
 F. Zabel, Naunynstr. 86, Restaurant
 Spindler, Reichenbergerstr. 118, Rest.
 L. Tolksdorf, Görlitzerstr. 68, Restaur.
 K. Scholz, Wrangelstr. 32, part.
 G. Schulz, Rottbuserplatz, Zigarrengesch.
 W. Gesche, Wrangelstr. 68, Zigarreng.
 K. Schilling, Bäckerstr. 55.
 Fürstenau, Mantelstr. 53.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
General-Versammlung
 am Dienstag, den 17. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Eiskeller“, Chausseestraße Nr. 88.
Tages-Ordnung:
 Bericht des Vorstandes. — Kassenbericht. — Vorstandswahl. — Vortrag des Genossen **Ledebour.** — Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. — Fragelasten. 490/9
 Diejenigen Genossen, welche noch im Besitz von Billets vom Stiftungsfest sind, werden ersucht, bis zur Generalversammlung abzurechnen. Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Gauverein Berliner Bildhauer.
Versammlung
 Dienstag, den 17. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16.
Tages-Ordnung:
 Geschäftliches. — Wahl eines Schriftführers. — Entgegennahme der Rechenschaftsberichte für das erste Vierteljahr. — Verschiedenes. 42/6

Öffentl. Versammlung für Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen
 heute, Dienstag, 17. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Cohn,** Bentzstraße 21, 1 Tr.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 2. Bericht des Vertreters zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 3. Die Konferenz der Hausdiener, Pader etc. — Es ist Pflicht aller Kassenbemühten Kollegen und Kolleginnen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann. J. A.: Aug. Penn. 500/3

Lederarbeiter Berlins und Umgegend.
Große öffentliche Versammlung
 Mittwoch, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr, in **Beny Salon,** Naunynstr. 27.
Tages-Ordnung:
 1. Statutenberathung. 2. Vorstandswahl. 3. Aufnahme von Mit- gliedern. 4. Verschiedenes.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Große öffentliche Versammlung der Mechaniker
 und verw. Berufsgenossen
 am Mittwoch, den 18. April 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
 1. Der 1. Mai und der Achtstundentag. Referent Genosse **Näther.**
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 3027b
Der Vertrauensmann der Mechaniker.

Große öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins
 am Dienstag, den 17. d. M., Nachm. 3 1/2 Uhr, in der **Brauerei Friedrichshain (fr. Lips)** am Königsthor.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Hoffmann** über: „Kampf und Dasein“. 2. Die Zustände in der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umgegend. 3. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. 4. Verschiedenes. 86/4
Kollegen! In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ist es Eure Pflicht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Charlottenburg.
Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Storkow-Charlottenburg.
 Am Donnerstag, den 19. April 1894, Abends 8 Uhr, im Lokale „Sismarckhöhe“, Wilmersdorferstr. 39 zu Charlottenburg.
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1894. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht betreffend die Statutenberathung und den Agitations-Erfolg. 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Sonntag, den 15. d. M., goldene **Damenuhr** verloren v. Schlesiern Bahnhof bis z. Köpenickerstraße. Gegen Belohnung abzugeben bei **Stiele,** Oppelnerstraße 34. 3049b
Pfeifenpinde zu kaufen gesucht. Offerten bitte an Schiessel, Gohlswitzer- straße 8. 3047b
Zeigige, Finken, Hänflinge 75 Pf. Stieglitz, Staare 1 M., Kanarienvögel 4, 5, 6 M., Drosseln 4-6 M., Laub- frösche, Vogelknecht, Schlagneze. 3048b
Restmann, Wabaitz, 2. a. Schl. 35f.
Der heutigen Nummer unseres **Blattes** liegt die **gestrige Gewinn- liste** der **preuß. Lotterie** bei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 16. April 1894, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Böttcher, Niederding.
Zur dritten Beratung steht der vom Centrum beantragte Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872. Der beantragte Gesetzentwurf ist in der zweiten Lesung mit 172 gegen 136 Stimmen angenommen worden.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Graf Pompech (Z.): Unser Antrag hat in zweiter Lesung die Zustimmung einer großen Mehrheit gefunden. Leider aber haben auch große Parteien des Hauses Erklärungen abgegeben, aus welchen trotz ihrer milden Form die Besorgnis herausklang, daß die Wiederkehr der Jesuiten eine Störung des konfessionellen Friedens, einen neuen Kulturkampf herausbeschwöre, diese Besorgnis ist ganz ungerichtet. Wir legen das Hauptgewicht darauf, daß die Fernhaltung der Jesuiten dem gemeinen Recht widerspricht. Die katholische Kirche bedarf der Orden, wenn sie ihre legendäre Wirklichkeit voll entfalten will. Der Reichstag wird hoffentlich seinen Beschluß vom 1. Dezember 1893 aufrecht erhalten und die verbündeten Regierungen werden sich hoffentlich endlich dazu verstehen, jenes uns so sehr kränkende, für das Land nutzlose Gesetz aufzuheben.

Abg. Lenzmann (Fp.): Ich erkläre, für den Antrag Graf Pompech stimmen zu wollen. Er halte das Gesetz für ein Unrecht und könne aus diesem Grunde gar nicht anders. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Die Statuten des Ordens enthielten absolut nichts Staatsgefährliches; die Tausende, welche durch Aufrechterhaltung des Aufweisungsgesetzes durch Petitionen eingekerkert seien, hätten sicher die Statuten nicht gelesen. Wollte man heute alle Korporationen todschlagen, die angeblich gemeingefährlich sind, so müßte man auch andere Vereinigungen todschlagen, wie den Bund der Landwirthe. (Große Heiterkeit.) Das Deutsche Reich müßte eine erbärmliche Institution sein, wenn es mit den paar Jesuiten nicht fertig werden könnte. (Sehr gut!) im Centrum.) Das Gesetz sei ein Zeugnis für die Ungerechtigkeit, welche früher im politischen Kampfe obgewaltet habe, es sei aus taktischen Rücksichten gemacht worden; in Forderungen der Gerechtigkeit gebe es aber überhaupt keine Taktik. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Abg. Friedberg (nat.): Wir nehmen nach wie vor für das Reich und Staat in Anspruch das Recht, die Orden der staatlichen Gesetzgebung zu unterwerfen. Den Jesuitenorden halten wir wegen seiner ganzen geschichtlichen Vergangenheit und seiner propagandistischen Tendenzen für nicht geeignet, den inneren Frieden im Deutschen Reich zu fördern. (Unruhe im Centrum.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Das Jesuitengesetz ist das letzte Gesetz, welches aus der Kulturkampfszeit übrig geblieben ist, ein Gesetz, welches nicht das Grab der Katholiken, wohl aber des deutschen Liberalismus geworden ist, indem es dessen ersten Grundsatz: gleiches Recht für Alle mit Füßen trat. Schon 1883 beantragte wir die Abschaffung des Jesuitengesetzes. Das war zur Zeit des Sozialistengesetzes. Aber wir stimmten für den Antrag nicht etwa aus Opportunitätsrücksichten, weil wir selber unter einem Ausnahmegefeß gestanden haben und um dem Centrum einen kleinen Gefallen zu thun, sondern aus prinzipiellen Gründen in Konsequenz unserer Stellungnahme zum Jesuitengesetz im Jahre 1872, wo wir durch den Mund Babel's unsere Verwerfung des Jesuitengesetzes mit dem Grundsatz unserer Partei: Gleiches Recht für Alle motiviert haben. Man wirft den Jesuiten eine besondere Moral, den Grundsatz vor: der Zweck heiligt die Mittel. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Grundsatz ganz berechtigt. Wenn jemand einem Anderen den Arm zerschlägt aus reiner Mordlust, so ist das eine vielschichtige Handlung. Wenn aber ein Arzt einem Kranken den Arm amputiert, um sein Leben zu retten, so ist das etwas heilsames. Und beweist nicht die Geschichte der letzten 20 und 30 Jahre, daß jenen Grundsatz in seiner schlimmsten Bedeutung am eifrigsten gerade diejenigen beibehalten haben, welche ihn bei den Jesuiten verwerfen? Ich erinnere an die Art und Weise, wie überhaupt die deutsche Einigkeit zu Stande gekommen ist, an die Geschichte der Emser Depesche, wie sie von Bismarck selbst charakterisiert worden ist (Große Unruhe rechts), an das Zustandekommen des Sozialistengesetzes. Die Jesuiten sollen ferner „unpatriotisch“ sein. Patriotismus ist ein Wort, hinter welches sich jede volkfeindliche und schlechte Absicht verstecken läßt. Ich selber stamme aus einer protestantischen Familie und bin in protestantischen Anschauungen erzogen, aber das Studium der Geschichte hat mich gelehrt, daß das Streben der Jesuiten, die Reformation wieder rückgängig zu machen, wahrlich nichts Unpatriotisches ist, denn die Reformation hat die Zerstückung Deutschlands und den dreißigjährigen Krieg herbeigeführt, der Deutschland, auch nach dem Urtheil liberaler Geschichtsschreiber, um Jahrhunderte zurückgeworfen hat. Wir wollen gleiches Licht und gleiche Sonne für alle Richtungen, Bestrebungen und Bekenntnisse. Sind die Jesuiten wirklich so gefährlich? Ich glaube, die schlimmsten sind in Deutschland und die harmlosesten außerhalb. Nicht aus Liebe zur katholischen Kirche stimmen wir für diesen Antrag, obwohl sie lange nicht so fürchterlich ist, wie die sog. Liberalen meinen. Die katholische Kirche ist international, sie umspannt die ganze Welt, das giebt ihr eine gewaltige Macht, und weil sie das Bewußtsein dieser Macht hat, darum hat sie sich niemals zu einer Dienerin des Staates herabwürdigen lassen. Sie hat bis jetzt die weltliche Macht besetzt. Anders die protestantische Kirche, die stets eine Dienerin der weltlichen Macht war. Luther hat den Fürsten zu Gefallen gehandelt und von Luther bis zum jüngsten Hofsprenger hat die protestantische Kirche überhaupt stets die Geschäfte der weltlichen Macht besorgt. Lassen wir der katholischen Kirche die Freiheit der Bewegung, so kann sie sich nicht als Märtyrerin aufspielen und der Kampf gegen sie ist dann am leichtesten. Nicht aus Freundschaft gegen die Jesuiten stimmen wir für diesen Antrag, auch nicht aus „Bosheit“, sondern aus Gerechtigkeitsgefühl. Sollen die Jesuiten, wie man immer katholischerseits sagt, die Sozialdemokratie todschlagen, so mögen sie nur kommen, wir fürchten sie ebenso wenig wie die Herren Bacher und Konforten. Und hat das Sozialistengesetz nicht auseinander gerissen, ob aber die Aufhebung der letzten Kulturkampfsgefeße die Centrumspartei intact läßt, möchte ich nicht entscheiden. Jetzt schon sieht das Centrum sehr gespalten aus. Wir sind die Partei des positiven Programms, das Centrum eine Gelegenheitspartei mit dem rein negativen Programm der Abwehr. Wollen Sie den Jesuitismus wirksam bekämpfen, dann erklären Sie die Religion zur Privatsache und trennen die Kirche vom Staate und die Kirche auch von der Schule. Werfen Sie dieses letzte Kulturkampfsgefeß über den Haufen und werfen Sie dann das letzte Ausnahmegefeß, den elsäß-lothringischen Distriktparagraphen, ihm nach in die Verfluchtengrube. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stamm (Rp.) beschränkt sich auf die Erklärung, daß die Reichspartei auf dem Boden der in der ersten Lesung vom Abg. Wrbach abgegebenen Erklärung unverändert verharre.

Abg. Schröder (Fp. Vgg.): Herr Lenzmann hat keine Ver-

anlassung gehabt, sich zu der ungeheuerlichen Erklärung zu verweisen, daß von der ungeheuren Schaar evangelischer Mitbürger, die das Ausweisungsgefeß beibehalten wissen wollen, nur die allerwenigsten die Statuten des Ordens kennen gelernt hätten. Wie kommt Herr Lenzmann dazu, eine solche Behauptung diesen Tausenden von ehrenwerthen Männern ins Gesicht zu schleudern? Schon die große Zahl evangelischer Geistlicher, welche die Petitionen unterschrieben haben, beweist, daß die Unterzeichner nicht bloß aus unwissenden und politisch ununterrichteten Leuten bestehen. Das staatliche Hoheitsrecht muß von der Kirche anerkannt werden; der Staat hat den konfessionellen Frieden als ein werthvolles Gut zu schützen. Ob ihm das noch möglich ist, wenn das Gesetz von 1872 zurückgenommen wird, müssen wir stark bezweifeln. Wir werden deshalb dem Antrag Pompech unsere Zustimmung nicht geben.

Abg. v. Mantuffel (Dl.): Seit dem 1. Dezember 1893 haben sich die Verhältnisse in keiner Weise geändert und wir werden deshalb auf dem Standpunkte stehen bleiben, den wir damals eingenommen haben.

Abg. Hilpert (bayerischer Bauernverein): Nur die national-liberale Presse und Partei will den Kulturkampf noch aufrecht erhalten, darum sträuben sie sich mit aller Kraft gegen die Zurückberufung der Jesuiten. Ich stimme als protestantischer Christ für diese Zurückweisung.

Abg. Dr. Haas (Elsäß-Lothringer) erklärt für seine Parteigenossen gleichfalls die Zustimmung zum Antrag Pompech.

Nachdem Abg. von Jazdzewski für die Polen eine gleiche Erklärung abgegeben, schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion werden die drei Paragraphen des Gesetzes ohne Debatte angenommen. Ueber den Entwurf im Ganzen wird auf Antrag v. Marquardsen und Genossen namentlich abgestimmt.

Persönlich bemerkt

Abg. Liebknecht (Soz.): Herr von Mantuffel hat gesagt, ich hätte die hebre Gestalt Luthers angebetet. Ich glaube über dieselbe etwas besser informiert zu sein. Ich bin auch bereit, in einer Versammlung seiner eigenen Parteigenossen aufzutreten und mit Jhnen über Luther zu diskutieren. Was den Ausdruck „anbeten“ anbetrifft, so muß ich dem Herrn von Mantuffel sagen: Ein jeder Mensch nimmt seine Gleichnisse aus der Gesellschaft, die ihm am nächsten liegt.

Abg. von Mantuffel: Ich werde mich freuen, wenn Herr Liebknecht im Kreise meiner politischen Freunde einen Vortrag über die hebre Gestalt Luthers halten wird. Im übrigen entgegne ich ihm, daß man seine Beispiele so anwendet, wie sie am passendsten sind.

Mit 168 gegen 145 Stimmen wird der Gesetzentwurf nach dem Antrag Pompech angenommen. Für denselben stimmen Centrum, Polen, Welfen, Elsäß-Lothringer, Bauernbündler und Sozialdemokraten geschlossen; ferner die süddeutsche Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Schnadt und etwa die Hälfte der anwesenden Freisinnigen beider Richtungen. Gegen den Entwurf stimmen geschlossen die Nationalliberalen und die beiden konservativen Parteien; ferner die Hälfte der Freisinnigen. Wälg gespalten ist die Deutsche Reformpartei; ein Theil derselben stimmt mit Ja, ein Theil mit Nein, und die Abgg. Böckel und Werner enthalten sich der Abstimmung. Der wilkonfer-vative v. Buddenbrock, der in zweiter Lesung für den § 1 des Gesetzes gestimmt hatte, giebt heute seine Stimme gegen den Entwurf im Ganzen ab.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutz der Waarenbezeichnungen nach den Beschlüssen der XI. Kommission. Berichterstatter ist Abg. Schmidt-Eberfeld.

Die Kommission hat den Entwurf in einzelnen Punkten amendirt und außerdem folgende Resolution vorgeschlagen:

Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch dessen Bestimmungen dem unlauteren Wettbewerb im Handel und Verkehre im weiteren Umfange entgegengetreten wird.

Nach § 1 können besondere Waarenzeichen zur Unterscheidung der Waaren von Waaren eines anderen Erzeugers zur Eintragung in die Zeichenrolle angemeldet werden. Die Zeichenrolle wird beim Patentamt geführt.

Abg. Noeren (Z.): Unter den obwaltenden Umständen werde ich mich auf die Empfehlung einiger Änderungsanträge von weniger prinzipieller Bedeutung beschränken.

Abg. Dammacher (nl.) betrachtet die Vorlage als einen großen Fortschritt auf dem Gebiete des Patentschutzes namentlich auch für landwirthschaftliche Betriebe, zumal die Anmel-dungsberechtigung sich jetzt nicht mehr auf eingetragene Firmen beschränken soll.

§ 1 wird angenommen, ebenso §§ 2 und 3.

Nach § 4 soll die Eintragung in die Rolle den Freigeizigen sowie u. a. solchen Waarenzeichen unterzogen werden, welche ärgernisverregende Darstellungen oder solche Angaben enthalten, die ersichtlich den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und die Gefahr einer Täuschung begründen.

Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. Bedch, Dammacher und Rüstke, sowie der Bundeskommissar Geheimer Rath Gauß beteiligten, wird ein Antrag Bedch, daß Wort „erschlichlich“ zu streichen, abgelehnt, § 4 unverändert angenommen.

Die §§ 5—14 gelangen nach unerheblicher Debatte unter Ablehnung einiger vom Abg. Bedch gestellten Amendements ebenfalls unverändert zur Annahme.

Nach § 15 der Vorlage, von der Kommission unverändert angenommen, wird mit Geldstrafe von 150 bis 5000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft, wer Waaren oder deren Verpackung oder Umhüllung oder Antändigung, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen fälschlich mit einem Staatsmappen oder Wappen eines Ortes oder Kommunalverbandes zu dem Zweck verleiht, über Beschaffenheit und Werth der Waaren einen Irrthum zu erregen. Derselben Strafe soll verfallen, wer solche Waaren in Verlehrs bringt oder feilhält. Die Verwendung von Namen, welche nach Handelsbrauch zur Benennung gewisser Waaren dienen, ohne deren Herkunft bezeichnen zu wollen, fällt unter diese Bestimmung nicht.

Abg. Noeren will den letzten Satz des § 15 streichen.

Außerdem schlägt derselbe Antragsteller einen neuen § 15b vor, nach welchem mit Geldbusse bis zu 3000 M. oder Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden soll, wer zum Zweck der Täuschung, im Handel und Verkehre über den Ursprung und Erwerb, über besondere Eigenschaften und Auszeichnungen von Waaren, über die Menge der Vorräthe, den Anlaß zum Verkauf oder die Preisbemessung falsche Angaben macht, welche geeignet sind, über Beschaffenheit, Werth oder Herkunft der Waaren einen Irrthum zu erregen. Das Gericht soll erforderlichenfalls auch zu Anordnungen im Wege der einstweiligen Verfügung befugt sein, die hierher gehörigen Veranstellungen und Antändigungen zu verhindern. Der Antragsteller will auf diesem Wege die Resolution der Kommission gegenstandslos machen und dementsprechend auch die Ueberschrift der Vorlage durch den Zusatz „und zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs im Waarenverkehre“ erweitern.

Abg. Noeren: Nach § 15 der Vorlage würde ein in Berlin fabrizirtes kölnisches Wasser straßlos als Eau de Cologne, jeder

irgendwo im Deutschen Reich oder außerhalb desselben fabrizirte Weiswein als Rübdeheimer, Zelträger u. s. w. bezeichnet werden können. Damit werde die gute Absicht des ersten Theiles des § 15 wieder aufgehoben. Was die Weinproduktion betreffe, so sei eingewendet worden, daß die Straflosigkeit solcher Bezeichnungen auch den redlichen Weinhandelsbetrieb zu sehr schädigen würde; die Ortsbezeichnungen hätten in dieser Beziehung ihren ursprünglichen Charakter verloren und seien Gattungsbezeichnungen geworden, ebenso wie Thorer Pfefferkuchen, Schweizer Käse, Lettwer Rübchen u. s. w. Für den Wein würde damit etwas Gefährliches sanktionirt, was in Wirklichkeit Lug und Trug sei. Dem solle § 15b entgegen arbeiten, der ja auch die in beträgerischer Absicht angewendeten Ortsbezeichnungen unter Strafe stellen wolle. Ueber ein solches Verbot in solcher Begrenzung könnten weder redliche Weinhandler, noch redliche Zigarrenhändler sich irgendwie aufregen. Redner bittet, seinen Antrag auf Streichung des letzten Satzes des § 15 anzunehmen.

Abg. Förster-Neustettin (Ant. Ref.-Partei) beanstandet die Worte „nach Handelsgebrauch“ als zu unbestimmt. Wenn „Rübdeheim“ zulässig sein soll, „Rübdeheimer“ aber nicht, so dürfte damit eine große Unsicherheit im Geschäftsverkehre hervorgerufen werden. Der Sprachgebrauch sei keineswegs konstant. Er beantragt demgemäß, daß in allen Fällen, wo solche Namen verwendet werden, der wahre Name und Wohnort des Verkäufers angebracht werden soll.

Geb. Rath Gauß tritt für die unveränderte Annahme des § 15 ein.

Abg. Braubach (Z) spricht sich für den Antrag Noeren und gegen den Antrag Förster aus.

§ 15 wird unverändert angenommen, bezgl. § 15a, welcher von der Kommission eingefügt ist und ausländische Waaren, welche mit einer deutschen Firma oder Ortsbezeichnung oder mit einem eingetragenen Waarenzeichen widerrechtlich versehen sind, auf Antrag des Verleghen der Beschlagnahme und Einziehung unterwirft.

Die Diskussion wendet sich zu dem vom Abg. Noeren beantragten § 15b.

Abg. Noeren (Z): Die Kommission hat gegen meinen Antrag eingewendet, daß er der concurrence desloyale nicht genügend entgegenetrete. Diesen Zweck hat er aber keineswegs gehabt; nur den gefährlichsten und bedenklichsten Ausdehnungen, den allerschlimmsten Schwendeleien soll er vorbeugen.

Abg. Jacobdörffer (Dl.) tritt mit seiner Fraktion für den Antrag ein.

Geb. Rath Gauß: Innerhalb der Reichsverwaltung besteht durchaus Sympathie für die Bestrebungen, dem unlauteren Wettbewerb Abbruch zu thun. Es handelt sich hier bloß um den Schutz der Waarenbezeichnungen, nicht um die Verhältnisse des gesammten Waarenverkehres. Auch ist die Frage noch keineswegs genügend geklärt und spruchreif, daß Bedürfnis in solcher Allgemeinheit, wie es der Antrag Noeren darstellt, ist durchaus nicht nachgewiesen.

Abg. Gieseler (Dl.) vertheidigt diesen Ausfühungen gegen über ebenfalls den Antrag Noeren.

Geb. Oberregierungsath v. Seckendorff spricht sich als Kommissar des Reichsjustizamts aus juristisch-technischen Gründen ebenfalls gegen den § 15b aus.

Staatssekretär v. Böttcher: Die verbündeten Regierungen sind durchaus von der Nothwendigkeit der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes namentlich des Neklamewesens durchdrungen. Aber bei dieser Gelegenheit ohne Nachprüfung und Korrektur den Antrag Noeren, der mit der Vorlage nur in losem Zusammenhange steht, anzunehmen, würde ein ganz unzweckmäßiges Vorgehen sein.

Abg. Dammacher (nat.) steht mit allen seinen Freunden auf dem Boden des Antrages Noeren, lehnt ihn aber dennoch für heute ab.

Abg. Kaufmann (Freif. Sp.) führt aus, daß diejenigen Delikte, welche die Antragsteller und ihre Freunde mit dieser Bestimmung getroffen wissen wollen, auf Reichsgerichts-Entscheidungen unter den Betrugsparagraphen fallen.

Abg. Förster-Neustettin spricht sich für den Antrag aus.

Staatssekretär v. Böttcher: Wenn es mit den letzteren Auskunftsmiteln gethan wäre, so könnte man den Antrag Noeren auch ins Suchengesetz hineinschreiben. (Heiterkeit.)

Abg. Bacher (Z): Der ganze Reichstag ist mit der Tendenz des Antrags einverstanden, ein Schade kann also aus der Annahme nicht erwachsen.

Der Antrag Noeren wird mit 131 gegen 112 Stimmen angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt, die Ueberschrift nach dem Antrag Noeren gestaltet.

Zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs nach dem Antrage Schröder betreffend die Kündigungsfristen der Handlungsgesellen u. s. w. hat

Abg. Spahn (Z) einen Änderungsantrag eingebracht, der die Beschlüsse zweiter Lesung im Handelsgesetzbuch anders gruppiert und materiell diese Beschlüsse infolgedessen ändert, als die gleiche Kündigungsfrist von 4 Wochen auch dann Anwendung finden soll, wenn das Dienstverhältnis für bestimmte Zeit eingegangen und dabei vereinbart ist, daß dasselbe mangels einer Kündigung als verlängert gelten soll.

Außerdem soll nach dem Antrag Spahn der Beschluß zweiter Lesung, soweit er den Anspruch auf Gehalt in Krankheitsfällen betrifft, dahin geändert werden: Vereinbarung, welche diesen Anspruch ausschließen oder einschränken, sind unzulässig.

Verhandelt wird zunächst über diesen Theil der Beschlüsse zweiter Lesung. (Art. 60 des Handelsgesetzbuches.)

Abg. Singer (Soz.): Die Ausführungen des Vorredners haben mich nicht überzeugt, daß es absolut nothwendig ist, von den Beschlüssen zweiter Lesung abzuweichen; ich kann mir kaum den Unterschied zwischen den Beschlüssen zweiter Lesung und diesem Antrag klar machen, indessen legen wir keinen so großen Werth darauf und werden im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes und bei der Geschäftsfrage des Hauses für den Antrag Spahn stimmen. Bedauern muß ich aber, daß bezüglich der Minimal-Kündigungsfrist nicht ein anderer Termin festgesetzt ist, als in zweiter Lesung beschlossen wurde. Das Centrum vertrat damals auch den Standpunkt, daß die Kündigung nur vom Letzten zum Letzten oder vom Ersten zum Ersten des Monats erfolgen soll, und erst am Widerspruch der Konservativen scheiterten die Bemühungen, dies festzusetzen. In der Zwischenzeit haben sich indessen die Interessenten, sowohl Prinzipale wie Gehilfen, auf den Standpunkt gestellt, daß bei Beibehaltung einer vierwöchentlichen oder monatlichen Minimal-Kündigungsfrist der Termin auf einen bestimmten Tag, den Letzten oder Ersten, gelegt werde. Der deutsche Privat-Beamtenverein hat schon bei der Enquete über das Handelsgesetzbuch sich für den Ersten als bestimmten Kündigungsstermin ausgesprochen; mehrere Versammlungen in Berlin haben die Kündigung von Ultimo zu Ultimo gewünscht; der Ortsverein der Kaufleute Berlin III bittet die Abgeordneten, auf den Kündigungsstermin zum Ersten hinzuwirken; der große Hamburger Verein für Handlungskommission von 1858, der 43000 Mitglieder hat, hat eine Enquete unter 300 kaufmännischen Vereinen angestellt und es für eine schwere Schädigung für die Handlungsgesellen angesehen, wenn statt der monatlichen eine vierwöchent-

liche Kündigungsfrist eingeführt würde. Die Interessenten sind also darin einig, daß eine Minutalkündigungsfrist eingeführt wird, und überwiegend sind sie für den Kündigungstermin zum letzten des Monats. Bei der Geschäftslage und dem Stimmverhältnis können wir aber den Antrag auf einmonatliche Kündigungsfrist von Ultimo zu Ultimo nicht einbringen, weil uns an dem Zustandekommen einer Minutalkündigungsfrist von 4 Wochen oder einem Monat mehr liegt als daran, mit diesem Antrag in der Minorität zu bleiben. Wir stimmen also für die Beschlüsse zweiter Lesung. Es waren Zweifel darüber aufgetaucht, ob diejenigen Handlungsgehilfen, die Krankenkassenversicherungspflichtig sind, durch ihren Anspruch auf Krankengeld nicht besser gestellt sind, als die Gehilfen, die nach Annahme unseres Antrages nur auf sechs Wochen auf Gehalt und Unterhalt Anspruch haben. Ich kann aus dem Geschäftsbericht der Krankenkassen mitteilen, daß die durchschnittliche Dauer der Krankheit 21 Tage beträgt. Daß das Gehalt für diese Zeit mehr beträgt als die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes, ist ganz klar. Das absolute Schweigen der Regierung hat auf mich einen ungünstigen Eindruck gemacht. Es wäre doch von Interesse, die Stellung der Regierung den Beschlüssen des Reichstags gegenüber zu erfahren. Ich möchte dringend bitten, diesen nicht zu widersprechen.

Abg. v. Buchta (N.) giebt der in zweiter Lesung beschlossenen Redaktion den Vorzug, wenn nicht, was das Beste wäre, die ganze Aenderung abgelehnt würde. Die Handlungsgehilfen seien vor zwei Jahren dem Krankenkassengesetz unterstellt und würden durch die Fassung, soweit sie unter 2000 M. beziehen, denselben wieder entzogen, was durchaus unerwünscht sei.

Abg. Spahn: Aus demselben Grunde wird ein großer Theil meiner Freunde gegen den Antrag zu Artikel 60 stimmen.

Abg. v. Stamm (Fr.) erklärt sich aus demselben Grunde gegen denselben.

Der Antrag Spahn und der Artikel 60 nach den Beschlüssen zweiter Lesung werden abgelehnt.

Art. 61 (Kündigungsfrist) wird nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. Spahn, Singer, v. Buchta beteiligten, in der Fassung des Antrages Spahn angenommen.

Die Gesamtabstimmung über den Entwurf wird ausgesetzt. Die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzbereiche von Kamerun und Togo, von Südwestafrika wird in dritter Beratung endgiltig durch Kommissionsnahme für erledigt erklärt. Für die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer wird dem Rechnungsführer bezüglich des Reichsverwaltungsbereiches Titel der Rechnung endgiltig Entlastung ertheilt.

Die Vorlage, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts für Ost- und Westpreußen und des Haushalts der Schutzgebiete für 1892/93 und 1893/94 wird in dritter Lesung unverändert definitiv angenommen.

Darauf wird die Sitzung verlegt.

Schluß nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr (Fortbildungsunterrichts-Gesetz, Interpellation der Agrarier wegen Befestigung des landwirtschaftlichen Wohlstandes, Geimstättengesetz, Wahlgesetz nach dem Antrage Götter-Langensfeldt; gegen die Lesung der Posttarifnovelle, welche der Präsident ebenfalls vorschlägt, sprechen sich außer den Deutschkonservativen alle Parteien des Hauses aus.)

Lokales.

Das Dienstadtgebäude der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin ist am Sonntag mit den üblichen Formalitäten eröffnet worden. Das in der Klosterstr. 41 belegene Gebäude ist mit einem Kostenaufwande von 700 000 M. erbaut worden und birgt in seinem Innern, wie der Vorsteher der Anstalt, Dr. Freund mittheilt, 316 Beamte. Die Anzahl der bewilligten Renten betrug bis jetzt 2864 mit einem Jahresbetrage von 425 000 M. Der Vermögensstand der Anstalt ist ein sehr günstiger, die Gesamteinnahmen betragen 16 300 000, die Ausgaben 1 300 000 M. Die Verwaltungskosten beliefen sich im Jahre 1893 auf nur 104 000 M. d. h. 2 pCt. der Einnahmen oder 24 Pf. pro Kopf der Versicherten.

Somit ist Berlin eine der Städte, in denen die Verwaltungskosten dieses Zweiges der „Sozialreform“ noch verhältnismäßig gering sind. Nachdem Herr Dr. Freund gesprochen, hielt der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Herr Dr. Wöbeler eine eingehende Rede von der fruchtbarsten Mitwirkung des ganzen Volkes und namentlich der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der unter Hohenzollern'scher Führung inaugurierten Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen und von der Ueberbrückung der Kluft zwischen Arm und Reich. Eine Forderung der Wöbeler'schen Rede wollen wir uns ersparen; wünschen möchten wir allerdings, die Sozialreform wäre danach, daß die arbeitenden Klassen fruchtbar an ihr mitwirken könnten.

Eine durchgreifende Umgestaltung der Berliner Kriminalpolizei soll der Meldung einer hiesigen Korrespondenz zufolge bevorstehen. Ueber das „Wie“ verläutet noch nichts; von einer Verwahrung der Kriminalpolizei, so wird berichtet, könne aber schon wegen des Kostenpunktes nicht die Rede sein. Unseres Erachtens giebt es ein einfaches und höchst vernünftiges Mittel, um auch ohne Mehrkosten an Geld das in den letzten Jahren stark gesunkene Vertrauen des Publikums in die Fähigkeiten der Kriminalpolizei zu heben. Man entschlüsse sich einfach, die vielen Beamten der politischen Polizei, die Abend für Abend ihre Zeit in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen verbringen müssen, auf nützliche Weise zu verwenden, indem man sie ein Visum auf das Verbrechertum abrichtet. Auch hätten die Geheimpolizisten, die am 18. Januar auf friedliche, ehrenhafte Arbeiter so wacker dreingefahren, im Substanzviertel einen entschieden besseren Platz gefunden, als am Friedrichshain. Desgleichen könnten die Leute, die am Alexanderplatz Tag und Nacht ihren ganzen Scharfsinn auf die Kesselführung von Verbrechern anwenden müssen, vielleicht eine die Kultur besser fördernde Betätigung finden, wenn man sie etwa zu hilfreichen Samariterdiensten oder zur Unterstützung der Gemeindefunktionen anleitet. Und würde gar noch dieser oder jener schneidige Staatsanwalt, der heute dem Studium von Sozialisten- und Anarchistenprozessen so unendlich viele Zeit opfert, etwa jetzt schon seine Plüde auf die von deutschen Beamten in Afrika verübten Verbrechen wenden, so wäre nicht allein dem öffentlichen und geheimen Sicherheitsdienst ein recht schätzbares Beamtenmaterial zugeführt, sondern es würde dann auch unser armes Vaterland in den Augen der Kulturwelt eine zehnmal geachtete Stellung einnehmen, als heute, wo Deutschland nur den traurigen Ruhm genießt, es in der Schneidigkeit und in der Unterdrückung und Inbeziehung der arbeitenden Bevölkerung so ziemlich am weitesten gebracht zu haben.

Ferienkolonien. Das „Komitee für Ferienkolonien“ des Berliner „Verein für häusliche Gesundheitspflege“ rüstet sich wieder für den kommenden Sommer und fordert zur Spendung von Geldbeiträgen auf. Ein Aufruf rühmt den „bewährten Wohlthätigkeitsbund der Berliner“ und sagt: „Der guten Absicht der Ferienkolonien ist kein Herz verschlossen, das wissen wir.“ Sofern diese Absicht wirklich eine gute ist und nicht etwa von den bekannten, eigennützigen Nebenabsichten der meisten der von der Bourgeoisie in Szene gesetzten „Wohlthätigkeits“-Unternehmungen begleitet ist, findet sie selbstverständlich auch unseren Beifall. Aber wir zweifeln freilich, daß das Komitee, selbst bei den besten und unweigerlichsten Absichten, das Ziel, das es als das seine hinstellt, auch nur annähernd wird verwirklichen können. Was will das Komitee? Es will dahin gelangen, sagt der Aufruf, „daß kein einziges krankliches armes Kind mehr von der Wohlthat der Sommerpflege ausgeschlossen bleibt.“ Vorläufig ist es aber von

diesem Ziele noch sehr weit entfernt. 1893 wurden 3000 Kinder aufgefunden, — aber fast 7000 waren angemeldet. 4000 müßten also zurückgewiesen werden. Die Zurückweisung erfolgte, wie sich aus dem Aufruf ergibt, in erster Linie deshalb, weil trotz äußerster Sparsamkeit die Mittel nicht reichen wollten. Das Komitee hofft natürlich auf bessere Zeiten. Aber die bisherige Entwicklung der „Ferienkolonien“ berechtigt nur wenig zu einer solchen Hoffnung. Das Komitee begann seine Thätigkeit 1880 mit Ausweisung von 108 Kindern. Der Jahresbericht für 1893 weist mit Genugthuung darauf hin, daß der bekannte, im Jahre 1880 gethane Ausspruch: „Nicht Hunderte, nein Tausende elender Kinder müssen von Berlin aufgefunden werden!“ nunmehr zum Theil in Erfüllung gegangen sei. Wenn man nun die Zahl der in den einzelnen Jahren ausgesandten Kinder ansieht — sie betrug in den 14 Jahren 1880 bis 1893: 108, 228, 333, 463, 481, 765, 1301, 1572, 1652, 2065, 2318, 2593, 2846, 3000 —, dann glaubt man in der That einen Fortschritt zu bemerken. Aber die jedesmalige Steigerung gegen das Vorjahr betrug in den dreizehn Jahren 1881 bis 1893: 120, 123, 110, 18, 284, 536, 271, 80, 413, 253, 277, 251, 154. Die Zahlen schwanken zwar sehr, aber sie lassen doch erkennen, daß die im allgemeinen steigende Tendenz, die früher zu beobachten war, in den letzten Jahren durch eine im allgemeinen fallende Tendenz abgelöst worden ist. Der Fortschritt hat sich also vermindert, und das ist gleichbedeutend mit einem Anfang zum Rückschritt. Wenn sich die „Ferienkolonien“ in derselben Weise weiter entwickeln, dürften sie ungefähr in 2—3 Jahrzehnten dahin gelangen, die im Jahre 1893 angemeldeten 7000 Kinder ausfinden zu können. Wir fürchten nur, daß dann die Zahl der Anmeldungen, wenn nicht inzwischen eine radikale Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Lage der jetzt beschlossenen Klasse gebessert hat, 70 000 betragen könnte. Darüber, in welcher Weise die Zahl der Anmeldungen seit 1880 gestiegen ist, liegen in dem Jahresberichte keine Angaben vor. Wir halten das, offen gestanden, für verdächtig. Vermuthlich macht sich hierbei ein unerklärlicher Fortschritt bemerkbar, mit dem der höchst mäßige und in den letzten Jahren obenein noch zurückgegangene Fortschritt in der Zahl der Ausfindungen nicht Schritt zu halten vermag. Ueber das Jahr 1892 berichtet eine andere, halbamtliche Quelle, daß 6000 Kinder angemeldet waren. Dem Mehr von 154 Ausfindungen stand also 1893 ein Mehr von 1000 Anmeldungen gegenüber. Da bedeutet die Thätigkeit des Komitees kaum mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein.

Aber die Ausfindung jener Dreitausend ist doch gewiß eine That, durch die wenigstens den Allerleidendsten geholfen wurde? Leider trifft auch das nicht zu. Bei der Auswahl entscheidet allerdings die Bedürftigkeit und daneben die Würdigkeit. Wir wissen nicht, wie engberzig bei der Prüfung der „Würdigkeit“ verfahren wird, wollen jedoch gern annehmen: nicht allzu engberzig. Aber selbst wenn die Wahl auf die wirklich „Würdigsten“ fallen sollte, so fällt sie doch bestimmt nicht auf die wirklich Bedürftigsten. Die auszufindenden Kinder müssen nämlich eine bestimmte vorgeschriebene Ausrüstung mitbringen, wozu, wenn wir uns recht erinnern, auch 2 Paar feste Stiefel, 2 noch ziemlich gut erhaltene vollständige Anzüge, 3—6 Paar Strümpfe, ebenso viel Hemden, Taschentücher u. s. w. und noch manches andere gehört, was ein armes Kind nicht wohl haben kann. (Wenn wir über die einzelnen zur Ausrüstung gehörigen Stücke nicht ganz genau unterrichtet sein sollten, so werden wir eine Berichtigung von Seiten des Komitees mit Dank annehmen.) Diese Ausrüstung ist für einen Sommeraufenthalt unentbehrlich, das muß zugegeben werden. Aber was wird aus den Kindern, die sie nicht mitbringen? Sie müssen vermuthlich zu Hause bleiben; wenigstens steht in dem Bericht nichts davon, daß man ihnen auch noch die Ausrüstung schenkt. Sie sind zu arm, — deshalb müssen sie von der für arme Kinder bestimmten Wohlthat ausgeschlossen bleiben. Klingt das nicht wie ein graufamer Hohn? Aber natürlich glaubt das Komitee trotzdem, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, die solche Junkhäufe schafft, das Elend der Proletariatskinder lindern zu können! Ausgeschlossen werden auch solche Kinder, die an ansteckenden Krankheiten, schweren Herzfehlern oder Krämpfen leiden; ferner solche, bei denen von einem ein- oder selbst mehrmaligen Sommeraufenthalt doch keine Heilung zu erwarten ist; weiter solche, die sich an den Spätergängen nicht beteiligen können oder gar zeitweise bettlägerig sind. Das alles ist sehr begreiflich, und einiges ist davon im Interesse der weniger kranken Kinder sogar zu wünschen. Aber im Interesse der kränkeren ist es sicherlich nicht. Sind aber nicht gerade sie die Bedürftigsten? Wo bleibt da der Segen der „Ferienkolonien“, den der Jahresbericht und der Aufruf rühmt? Ein armes krankes Kind darf also auch nicht krank sein, wenn es an der für arme kranke Kinder bestimmten Wohlthat teilnehmen will. Gewiß, das Komitee kann nicht für jedes dieser Kinder eine besondere Wärterin anstellen; es thut ja so schon über Geldmangel. Aber dann sagt man nicht, daß das Elend der Proletariatskinder durch „Wohlthätigkeit“ gelindert werden könne, und daß die „Ferienkolonien“, die gerade die Allerleidendsten ausschließen müssen, in nennenswerther Weise dazu beitragen. Zur Verblendung oder Verlogenheit kann das behaupten. Nicht Hunderte und nicht Tausende, nein Hunderttausende von Kindern leben in Berlin, denen ein Sommeraufenthalt Noth thäte. Die Zahl der Kinder unter 14 Jahren beläuft sich hier auf mehr als 600 000. Davon gehören mindestens 300 000 den weniger oder gar nicht bemittelten Bevölkerungsklassen an. Eingerechnet sind hierbei natürlich auch die Allerleinsten, während die „Ferienkolonien“ Kinder unter 7 Jahren wiederum ausschließen. Was sind diesen 300 000 gegenüber jene 3000 im Jahre 1893 ausgesandten Kinder? Wir gönnen den 3000 ihren Sommeraufenthalt von Herzen, — sie werden ihn leider auch nöthig genug gehabt haben! — aber was wird aus dem großen Heer der übrigen?!

Der Wohnungsnoth der Frau Justitia in Moabit soll nunmehr gründlich abgeholfen werden. Justiz- und Verwaltungsbehörden, der Justizminister und der Finanzminister an der Spitze, sind über das „Wie“ vollkommen einig und es bedarf nur noch der Zustimmung des Parlaments, die sobald als thunlich nachgesucht werden soll. Mit den Entschlüssen über diese Frage bis nach Einverleibung der Vororte zu warten und dann erst zuzusehen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, hat sich angesichts der immer drückender fühlbar werdenden Wohnungsnoth als völlig unthunlich erwiesen, zumal noch gar nicht abgesehen ist, wann die Einverleibungsfrage zur Lösung gelangen wird. Die Verlegung einer Anzahl von Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte I und II nach dem Miethshaus Werftstr. 7 hat sich, wie zu erwarten war, nur als ein augenblicklicher Nothbehelf erwiesen. Unter dem Trude der Verhältnisse hat man nun an maßgebender Stelle aus den seit vielen Jahren fertigen Plan zurückgegriffen, für das Landgericht II einen neuen Justizpalast an der Ecke der Rathenower- und Thurnstraße zu errichten. Derselbe soll das ausgedehnte Terrain einnehmen, welches von der Lazarethstation des Untersuchungsgefängnisses in der Rathenowerstraße bis zur Einmündung der Brihwallerstraße in die Thurnstraße reicht. Gleich daneben — insoweit ist der alte Plan erweitert worden — soll in der Thurnstraße bis zur Wilsnaderstraße noch ein Flügel für das Landgericht I erbaut werden. Da dieser Flügel aber nur eine schmale Straßenseite haben würde und Rücken an Rücken an die Vorhalle des Louisa-Gymnasiums und das im Bau befindliche Kreis-Gendarmerie-Gebäude zu liegen kommt, so soll durch Fortführung der Brihwallerstraße bis zur Mauer des Untersuchungsgefängnisses eine neue Straßenseite geschaffen werden. Dadurch werden zwar die geplanten Neubauten für

das Landgericht I und II räumlich von einander getrennt, doch sollen dieselben durch geschlossene Uebergänge in der Höhe der ersten Etage wieder mit einander verbunden werden. Gleichzeitig wird der todt auslaufende Flügel A des Untersuchungsgefängnisses derartig verlängert, daß 500 neue Einzelzellen für den Bedarf des Landgerichts II entstehen. Sämtliche Pläne haben bereits alle Instanzen passiert. In Verbindung damit steht die Auflösung des Amtsgerichtes Berlin II, dessen Strafabtheilung sich in Moabit, dessen Zivilabtheilung sich in dem Gerichtsgebäude am Haleschen Ufer befindet. Die größten Vororte Berlins, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Reinickendorf, Pankow, Weißensee, Lichtenberg-Friedrichsberg und so weiter erhalten eigene Amtsgerichte, denen die benachbarten kleineren Ortshäfen zugetheilt werden. Ein Landgerichtsdirektor vom Landgericht II ist schon seit längerer Zeit damit beschäftigt, geeignete Grundstücke anzuschauen und dahin gehende Verträge abzuschließen. Die Zivilkammern des Landgerichts II sollen sammt dem Präsidium nach Ausführung dieser Pläne vom Haleschen Ufer in den Neubau in Moabit verlegt werden, so daß das schöne Gerichtsgebäude am Haleschen Ufer für andere fiskalische Zwecke disponibel wird. Die neuen Baulichkeiten müssen derartig beschleunigt werden, daß dieselben am 1. April 1898 — also in vier Jahren — fertig und bezugbar sind, weil bis zu diesem Tage der Vertrag mit dem Besitzer des Miethshauses Werftstraße 7 reicht und dieser Vertrag nicht verlängert werden soll.

Zum Kartoffelbau durch Arme, den die Armenverwaltung alljährlich veranstaltet, und über den wir bereits in Nr. 19 berichteten, ist das jetzt ebenfalls veröffentlichte Ergebnis der Ernte von 1893 nachzutragen. Die Zahl der Parzellen betrug 2750. Geerntet wurden 1 420 900 Kilogramm Kartoffeln (= 2 841 800 Pfund oder 23 418 Zentner), die nach dem amtlichen Berliner Markt-Preis von 5 M. für 100 Kilogramm einen Werth von 71 045 M. darstellten. Der Beitrag der Teilnehmer beläuft sich auf 7,50 M. für die Parzelle (der Rest der Unkosten, im Jahre 1893 ungefähr noch ebenso viel, wird in der Hauptsache durch einen städtischen Zuschuß gedeckt). Nach Abzug der Teilnehmer-Beiträge fiel auf die Parzelle ein durchschnittlicher Gewinn von 20,65 M. Das ist bedeutend mehr als im Vorjahr. Die Einrichtungen sind im Jahre 1893 besonders günstig gewesen, und die Ernte konnte als eine gute Mittelernte bezeichnet werden. 129 Parzellen waren von den Inhabern vorzeitig verlassen worden. Im Sommer 1892 geschah das bei 124 Parzellen. Der Grund des vorzeitigen Verlassens ist gewiß in den allerersten Fällen Scheu vor der mit der Bebauung der Parzelle verbundenen Arbeit. Die Parzellen, welche durch das Loos vertheilt werden, sind stellenweise so schlecht, daß der Ernte-Ertrag bedeutend hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Da mag es manchem lohnender erscheinen, die Bebauung der Zeiten einzustellen und sich nach einer einträglicheren Arbeit umzusehen. Dazu kommt noch, daß die für diesen Zweck von der Armenverwaltung zur Verfügung gestellten Ländereien weit draußen im Norden und Nordosten liegen. Man hat infolge der fortschreitenden Bebauung der Stadt immer weiter hinausgehen müssen, so daß viele Teilnehmer, um zu ihrer Parzelle zu gelangen, zeitraubende Wege machen müssen. Dadurch wird der ohnedies sehr fragwürdige Werth dieses Kartoffelbaues noch mehr herabgemindert. Die Armenverwaltung hat sich auch bereits mit der Frage beschäftigt, ob man nicht diese Art der Naturalunterstützung aus dem oben angeführten Grunde gänzlich aufgeben und dafür eine bestimmte Summe in den Etat einstellen solle, die im Dezember und Januar jeden Jahres als ein besonderes Kartoffelgeld an Arme zu vertheilen wäre, wie das bereits seit langen bei der Extra-Unterstützung für Ortsmaterial der Fall ist. Man scheint aber von diesem Gedanken, der unseres Wissens zuerst in der Armenkommissions-Vorherber-Versammlung vom Januar 1890 erörtert wurde, inzwischen wieder zurückgekommen zu sein, da ja nach wie vor, auch für 1894 wieder, Parzellen verpachtet werden. Bei diesem Verfahren sind diejenigen, welche keine 7,50 M. aufbringen können, und denen sie auch nicht erlassen werden, von der Beteilung vollständig ausgeschlossen.

Kein Nothstand unter den Webern? In der Armenkommissions-Vorherber-Versammlung vom Monat März ist auf eine Anfrage des Magistrats-Assessor Cuno, ob etwa unter den hiesigen Webern sich ein außergewöhnlicher Nothstand bemerkbar mache, seitens der Versammlung erklärt worden, daß eine solche Erscheinung sich bis jetzt nicht gezeigt habe. Daraus darf man jedoch noch lange nicht den Schluß ziehen, daß es den Webern noch ganz leidlich geht. In den Armenkommissionen wird der Nothstand nicht zuerst, sondern zuletzt bemerkt, weil viele Nothleidende vor der mit Verlust des Wahlrechts verbundenen Inanspruchnahme der Armenverwaltung so lange zurücktreten, als sie es noch irgend aushalten können. Das zeigt sich auch in manchen anderen Dingen. Beispielsweise muß in den Magistratsberichten über die Verwaltung der städtischen Desinfektionsanstalten alljährlich darauf hingewiesen werden, daß die Befreiung von den Desinfektionsgebühren nicht eine Armenunterstützung bedeuten, also auch Niemandem in seinen bürgerlichen Rechten schmälern kann. Die Benutzung der Desinfektionsanstalten durch die beschlossene Klasse ist nämlich immer noch eine verhältnismäßig geringe, und die Verwaltung glaubt, daß auf die oben erwähnte, ziemlich verbreitete, irrtümliche Meinung zurückzuführen zu müssen. Das wird zum Theil zutreffen; zum Theil wird die geringe Benutzung der Anstalten durch Unbemittelte aber auch darauf zurückgeführt werden müssen, daß es überhaupt nicht jedermanns Sache ist, um Befreiung von dieser oder jener Leistung einzukommen. Dergleichen „Wohlthaten“ haben immer etwas von einem „Almosen“ an sich, auch wenn sie nicht gleich das Wahlrecht aufheben, und sind auf alle Fälle mit Demüthigungen verknüpft. Ob man nicht endlich einmal in den Kreisen der Armenkommissions-Vorherber und der Armenverwaltung auf die Vermuthung kommen wird, daß aus denselben Gründen auch die Bitten um Geldunterstützung lange nicht so zahlreich bei ihnen eingehen, als man es nach der gedrückten Lage eines großen Theiles der Berliner Bevölkerung erwarten sollte? Und beim Empfang von Geldunterstützungen aus den Mitteln der Armenverwaltung ist die Furcht vor einer Schmälerung der bürgerlichen Rechte ja obenein begründet, so daß man annehmen muß, daß sie hier noch ungleich wirksamer ist und in noch viel höherem Maße dazu beiträgt, daß vorhandene Bedürfnisse geringer erscheinen zu lassen als es thatsächlich ist.

Den Kindern des Volkes ist ein großes Heil widerfahren. Nach dem vom Kultusminister der städtischen Schuldeputation zugegangenen Bescheid hat Se. Excellenz, der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten gültig gehalten, daß die Schüler die im Feenpalast, Burgstr. 22, stattfindenden Kriegsspiele besuchen. Die städtische Schuldeputation hat sich bereit, diese liebenswürdige Erlaubnis den Leitern der einzelnen Unterrichtsanstalten mit dem Bemerken mitzutheilen, daß die Kinder zu den Festspielen außerhalb der Schulzeit in geordneten Zügen von den Lehrern hin- und wieder zurückgeleitet werden sollen. Die Leitern und Lehrer werden natürlich diesen Wink mit dem Jaupfahl verstehen und ihre Schüler zu dem patriotischen Krimbilden geleiten. Der Eintrittspreis soll ja nur mäßig sein und natürlich armen Kindern ganz erlassen werden. Wenngleich die Lehrer durch dieses Extravergnügen in ihrer freien Zeit wesentlich eingeschränkt werden, so haben sie dafür andererseits das erhebende Bewußtsein, zur Pflege vaterländischer Gesinnung das Ihrige beigetragen und sich durch ihr Verhalten sowohl bei der staatlichen als auch bei der städtischen Aufsichtsbehörde einen Stein im Brett erworben zu haben. Der Widerstand in der Handlungsweise unserer städtischen Behörde aber, die erst in vergangener Woche dem Rathhaussaal zur Veranstaltung einer öffentlichen Friedenskundgebung der deutschen Friedensgesellschaft hergegeben

hat und andererseits, um sich nach oben hin liebend zu machen, zur Verherrlichung des Kriegsrummels den Chauvinismus in die garten Seelen der Kinder zu pflanzen das Ihrige beibringt, soll auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal gehärdend an den Pranger gestellt werden. Gerade der häßlichen Lehrer ist es, soweit sie noch Selbstgefühl besitzen, sich gegen eine derartige liebevolle Bevormundung nach Möglichkeit zu wehren.

Die Submissionen offenbaren auf treffliche Art im Kleinen, zu welchen Konsequenzen die Manchesterschehre im großen führt. Zum 20. März hatte die Königl. Munitionsfabrik in Spandau eine Submission für Lische und Wände ausgeschrieben. Die interessanten Resultate derselben werden durch die Innungspreffe, die sehr darüber lamentiert, daß die Behörden immer noch diesen Unfug mitmachen, bekannt gegeben. Man hatte durch mehrere Sachverständige eine Aufstellung darüber machen lassen, zu welchem Preise die Lieferung, alles sehr genau und auf billige berechnet, überhaupt auszuführen sei. Dabei stellte sich heraus, daß die Mindestgebote in allen Fällen weit unter dieser Sachverständigen-Liste standen. Abgegeben wurde auf Lische als Höchstforderung: 31 M., Sachverständigen-Forderung: 19 M., Mindestforderung: 11,70 M.; große Wände, als Höchstforderung: 17 M., Sachverständigen-Forderung: 13 M., Mindestforderung: 8 M.; kleine Wände, als Höchstforderung: 11,45 M., Sachverständigen-Forderung: 9,50 M., Mindestforderung: 4,70 M. Beteiligt hatten sich im ganzen 43 Bewerber. — Es läge für uns kein Anlaß vor, zu erörtern, ob die Unternehmer, welche den Zuschlag erhalten haben, dabei zurecht kommen und auf welche Weise das Material etwa erworben wird, wenn nur nicht die Erfahrung lehrt, daß die Arbeiter größtenteils die Sache dafür zahlen müssen, daß der Herr Unternehmer recht leistungsfähig erscheint. Jede falsche Kalkulation, jeden Rechenfehler des Meisters büßt zunächst der Arbeiter an seinem länglichen Lohn. Wägen die Arbeiter derartige Unternehmer, welche auf Kosten Anderer bei Submissionen durch billige Preise glänzen, recht im Auge behalten.

Aus dem Reiche des Herrn Stephan. Wie aus den jüngsten Landtags-Verhandlungen erinnerlich, haben sich verschiedene Telegraphenbeamte in Essen beschwerend über die ungebührlich lange Arbeitszeit an die höchste Behörde gemeldet. Die uns mitgeteilt wird, herrschen auf dem Rangirbahnhöfen unseres Nachbarortes Kummelsburg dieselben angenehmen Zustände. Nach einem Ministerialerlaß soll die Arbeitszeit der Telegraphisten mit durchgehendem Dienst 8 Stunden betragen. Diese Zeit wurde vom 1. November v. J. bis ungefähr Mitte März d. J. ziemlich innegehalten, von da ab aber wurde der Dienst bis auf 12 Stunden täglich, ohne jede Mittags- oder Beserpause, verlängert. Die Beamten müssen ihr Mahl während der Arbeit hinunter würgen und dies ist — wie jeder Sachverständige bestätigen muß — bei dem lebhaften telegraphischen Verkehr einer Eisenbahnstation oft unmöglich. Ferner besteht eine Verfügung des Betriebsamtes vom 30. Mai 1893, laut welcher den Telegraphisten alle 4 Wochen ein ganzer freier Sonntag zusteht. Tatsächlich schrumpft dieser „ganze freie Sonntag“ auf 5-6 Stunden zusammen. Des Weiteren klagen die Beamten darüber, daß sie oft 5-6 mal nacheinander Nachtdienst zu versehen haben. Ob diese Zustände den höheren Behörden bekannt sind? In den betreffenden Kreisen sieht man dieselben auf das Konto des Stationsvorstehers. Im Interesse der geplagten und schlechterbezahlten Beamten sowohl, als im Interesse der Verkehrssicherheit verlangen wir hiermit energisch Abhilfe.

Vom Gewerbegericht. In neuerer Zeit werden von den Arbeitern darüber häufig Beschwerden erhoben, daß einzelne Kammerverordnungen des Gewerbegerichts in besonders auffälliger Weise ihren ganzen Einfluß dahin ausüben, daß die Richter ein ihnen (den Vorstehenden) recht erscheinendes Urteil fällen. Der § 190 des Gerichts-Verf.-Ges. besagt besonders über die Befugnisse des Vorstehenden: „Der Vorsteher leitet die Beratung, stellt die Fragen und sammelt die Stimmen. Meinungsverschiedenheiten über den Gegenstand, die Fassung und die Reihenfolge der Fragen oder über das Ergebnis der Abstimmung entscheidet das Gericht.“ Außerdem besagt der § 40 des Gew.-Ger.-Ges. unter anderem ebenfalls: „Die Leitung der Verhandlungen liegt dem Vorstehenden ob.“

Nach diesen klaren gesetzlichen Bestimmungen hat der Kammervorsteher kein Recht, die Richter zu bestimmen so oder so zu urteilen, er soll ja nur die Verhandlungen leiten.

Es wird auch noch etwas Anderes durch dieses Verhalten einzelner Vorstehenden konstatiert; denn vor dem Gewerbegerichtswahl im Februar vorigen Jahres behaupteten unsere Gegner mit viel Geschrei, wenn die Sozialdemokraten in das Gewerbegericht hinein kämen und dort die Macht erlangten, dann würde das Recht gebengt und es würden nur tendenziöse Urteile gefällt werden. Was heißt es dieser Verleumdung gegenüber, wenn ein Teil der Vorstehenden mit einem großen Teil der Arbeitgeber-Richter sich in eklatanten Fällen gegen unsere Arbeitnehmer-Richter und gegen die klagenden Arbeiter einigt?

Das, was unsere Gegner uns nachredeten, das trifft entschieden eher bei ihnen zu und unsere Richter haben alle Veranlassung, einem solchen Vorgehen der einzelnen Kammervorstehenden energisch entgegen zu treten und derartige Vorkommnisse sofort der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ferner können wir behaupten, daß gerade die sozialdemokratischen Richter im Punkte der Unparteilichkeit bei Rechtsstreitigkeiten in ihrer Eigenschaft als Richter es besonders genau nehmen. Wir befinden uns mit dieser Behauptung in ganz unverdächtigem Gesellschaft. So betont z. B. der ehemalige Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegerichts Herr Lautenschlager im Schmollerschen Jahrbuch für Gesetzgebung und Statistik Jahrgang 1893 die durchaus unparteiliche und einwandfreie Tätigkeit der sozialdemokratischen Richter. Ferner schreibt Herr Stadtrat Dr. Fleck aus Frankfurt a. M. in den „Blättern für soziale Praxis“, nachdem er sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß durch die Zusammensetzung des dortigen Gerichts aus Sozialdemokraten eventuell die von diesen abgegebenen Gutachten für viele Behörden einen minderen Wert haben könnten: „Für die Rechtsprechung dagegen habe ich bisher — wobei ich bemerke, daß im hiesigen Gericht auch als Arbeitgeber lediglich Sozialdemokraten gewählt sind — noch keinerlei Nachteil wahrgenommen; sie ist insbesondere, was das Entgegenkommen gegen die Arbeitnehmer angeht, nicht laxer, sondern eher strenger geworden.“ Auch der Herr Oberbürgermeister Dr. Gebel aus Jena, der bis vor kurzem Bürgermeister von Höchst a. M. und als solcher Vorsitzender des dortigen Gewerbegerichts war, theilt in den Blättern für soziale Praxis mit, daß er dem günstigen Urteil, welches die Vorstehenden des Stuttgarter und Frankfurter Gewerbegerichts über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Richter fällten, sich voll anschließen könne. Dies möge vorläufig genügen.

Zum Mord in Schmargendorf. Als des Nordes an der Schwelchel verdächtig wurde am Sonntag Nachmittag auf Bahnhof Großschloßstraße ein Individuum verhaftet, das seinem Aussehen nach dem Mörder glich; er wurde jedoch, da seine Unschuld sich alsbald herausstellte, sofort entlassen. Ebenso sind am Sonnabend resp. Sonntag Vormittag der Arbeiter Krüger und der Sträfling Hausmann verhaftet worden; der letztere ist entlassen, der letztere nach der Strafanstalt Abtheilung A zu Kummelsburg überführt worden. Er hatte eine zweijährige Strafe zu verbüßen, von welcher er erst 14 Tage abgemacht hatte; er war am Sonnabend Vormittag aus Rieselgut Feinersdorf, woselbst er auf den Feldern beschäftigt war, entsprungen. Die Durchsuchung der Briefschaften der Ermordeten hat kein Resultat bezüglich des Täters ergeben; es wurden nur Briefe der Mutter und einige auf Stellungsbewerbung hinweisende Schreiben gefunden. Nachforschungen der Polizei auf den Bahnhöfen Wilmers-

dorf, Schmargendorf, Halensee und Brunnewald nach dem Mörder sind gleichfalls resultatlos verlaufen, ebensowenig war es bisher möglich festzustellen, nach welcher Richtung der Mörder entflohen ist, da die Jünger Bächmann den Mörder nicht verfolgt und bei dem hügeligen Terrain den Fremden nur kurze Zeit im Auge behalten konnte.

In der letzten Sitzung der Rigdorfer Gemeindevertretung wurden zunächst die wieder- bzw. neugewählten Gemeinde-Verordneten, darunter die Genossen Schulze und Schmalke, eingeführt und vom Vorsitzenden durch Handschlag verpflichtet. Sodann wurde beschloffen, von Gemeindegeldern eine Müll-Abfallstelle einzurichten, um den gegenwärtigen Mischständen ein Ende zu machen. In die zur Vorbereitung niedergesetzte Kommission wurde von unserer Seite Genosse Hesse gewählt. Die Hauptstraßen des Ortes werden demnächst neu gepflastert werden, bei welcher Gelegenheit auch verschiedene Straßen-Verbreiterungen, die im Verkehrsinteresse dringend erwünscht sind, vorgenommen werden sollen. Leider verlangen aber verschiedene Hausbesitzer für Abtretung eines Streifen Vorgartenterrains solch' enorme Preise, daß das Projekt jedenfalls scheitern muß, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Einigung erzielt werden kann. Sodann wurde beschloffen, auf's Neue bei dem Eisenbahnminister wegen Beschleunigung des Rigdorfer Bahnhof-Umbaus vorstellig zu werden, da zuvor der untere Teil der Vergütung nicht reguliert werden kann. Genosse Schenk wollte hierauf einen Brief zur Verlesung bringen, in welchem über einen Nachwächler schwere Anschuldigungen erhoben werden, der Vorstehende, Gemeindevorsteher Roddin, ließ dies jedoch nicht zu, indem er ausführte, daß Beschwerden über Gemeindevorsteher nur dem Gemeindevorsteher vorzubringen seien. Man möge sich über ihn beschweren, wenn man mit dieser Praxis nicht einverstanden sei. Nachdem von verschiedenen Genossen vergeblich der Versuch gemacht worden, dem Herrn Gemeindevorsteher plausibel zu machen, daß derartige Beschwerden sehr wohl öffentlich behandelt werden müßten, übergab Genosse Schenk den Beschwerdebrief mit dem Ersuchen, eine Untersuchung einzuleiten und für Abhilfe der im Briefe angeführten Uebelstände zu sorgen, was vom Vorsitzenden versprochen wurde.

Ein auf dem Namen Wilhelm Kluge lautendes Krankenlassenbuch ist auf der Redaktion des „Vorwärts“ als gefunden abgeliefert worden und kann dort von dem Eigentümer abgeholt werden.

Die gerichtliche Leichenöffnung der ermordeten Helene Schweichel hat gestern Nachmittag von 4 1/2 Uhr ab im Spriehausen zu Schmargendorf stattgefunden. Die ausführenden Ärzte waren der Kreisphysikus Dr. Eiler und der Bezirksphysikus Dr. Guffink. Dem Alte wohnten außer einem Gerichtsassessor mit seinem Protokollführer der Kriminalkommissar Müller mit zwei Beamten bei. Das Ergebnis lautet dahin, daß der Mörder seinem Opfer vier Schnitte beigebracht und den Hals in einer Länge von 22 Zentimetern gerissen hat. Ob ein Suizidmord vorliegt, ist auch jetzt noch nicht festgestellt worden. Vielleicht wird dieserhalb noch ein Gerichtschemiker zu Rathe gezogen werden. Während der Leichenöffnung warteten drei Schwelken vom roten Kreuz vor dem Gebäude, um gleich nach Beendigung die Leiche anzuziehen. Zeit und Ort der Beerdigung steht noch nicht fest.

Zwei tödlich verlaufene Vernunftfälle ereigneten sich am Sonnabend Nachmittag. Der 22-jährige Schornsteinfeger Heinrich Stöding aus der Ackerstr. 146 wollte um 2 1/2 Uhr Nachmittags den Wasserturm auf dem Grundstück Gartenstraße 36 klettern, stürzte dabei vom Dache über 20 Meter tief hinunter ab und blieb auf dem Gebäude der Waschküche todt liegen. Er hat anscheinend innere Verletzungen und einen Schädelbruch davongetragen. Kurz vorher wollte der 37 Jahre alte Kohlenhändler Karl Dibel aus der Krausenstr. 60 während einer Fahrt durch die Wienerstraße sein Geschäft betreiben, kam zu Fall und wurde über den Hals gefahren. Er erlitt einen Genickbruch und starb schon auf dem Wege nach der Polizeiwache.

Das eine Opfer der Liebestragödie aus der Steinwegstraße 51, der Lokomotivheizer Stein, ist in der Nacht zum Sonntag seinen Schutzwunden erlegen. Die unverheilte Wunde dagegen lebte am Sonntag Mittag noch, obwohl sie sich zwei Schäfte beigebracht hat.

Aus einem Omnibus der Linie Frankfurter Linden-Potsdamer Thor ist am Sonntag Nachmittag ein Block mit 200 Pfennigbillets im Werte von 20 Mark gestohlen worden, während der Wagen am Straußbergerplatz — dem Ausgangspunkte — eine kurze Pause hatte. Dem Diebe können die Fahrscheine nicht näher, aber der Konduktur muß dieselben zum vollen Nennwert ersetzen. Angenommen wird, daß der Block von einem der Kinder entwendet worden ist, welche an den Haltestellen weggeworfene Fahrscheine zu sammeln pflegen und daß nur kindlicher Unverstand das Motiv der That bildet.

Einem Gaunerreich hat der Handlungsgehilfe Kohnmann, in der Artilleriestr. 4 wohnhaft, seiner hiesigen in der Friedrichstraße wohnenden Braut, der Tochter eines kleinen Handwerkers, gefehlt. Er war seit einem halben Jahre mit dem jungen Mädchen verlobt und die Hochzeit des Paares sollte im Mai stattfinden. Die Braut spielte in einer auswärtigen Lotterie, zu welcher ihr M. Reis das Loos zu erneuern pflegte, um später den Betrag des letzteren pünktlich zurückzahlen zu erhalten. Bei der Anfang März stattgehabten Hauptziehung wurde die Nummer, welche das junge Mädchen spielte, mit einem Gewinn von 30 000 M. gezogen und als die Braut das freudige Ereignis einige Tage später durch Einlaß in eine Geminnliste erfuhr, machte sie ihrem Bräutigam, der das Loos an sich genommen, davon Mitteilung. Zwei Tage darauf erhielt das Mädchen einen Brief aus Dresden, worin der Bräutigam, Herr M., mitteilte, daß er die Verlobung für aufgehoben erklärt; den Gewinn habe er abgehoben und für sich behalten, da er das Loos bezahlt habe. Die in ihren Hoffnungen so grausam getäuscht, will nun den Gemüthsmenschen von Bräutigam sahren lassen, sie hat aber wegen des mehrere Tausend Mark betragenden Gewinnes Klage erhoben.

Ueber die Behandlung der das Rigdorfer Gemeinde-Krankenhaus aufnehmenden Kranken sind in letzter Zeit wiederholt lebhaft Klagen geführt worden. Das Kuratorium der Anstalt, welchem auch unser Genosse Schulze angehört, hat daher wiederholt Veranlassung genommen, energisch einzuschreiten. So ist u. a. am 1. April er. ein größerer Wechsel im Wärterpersonal vorgenommen worden, wodurch man hofft, den Klagen ein Ende gemacht zu haben. Hoffentlich ist hierdurch im Interesse der Anstalt sowohl, wie des Publikums Abhilfe geschaffen worden.

Selbstmord. Der 18 Jahre alte Photograph Otto Grün, der Rankenstraße 14 in Charlottenburg bei den Eltern wohnte, wurde Sonntag Morgen um 8 Uhr als Leiche in seinem Bette aufgefunden. Er hatte sich mittels eines Revolvers einen Schuß in die Schläfe beigebracht.

Polizeibericht. In der Nacht zum 14. d. M. wurde im Thiergarten, an der Ecke der Friedens-Allee und der Straße „den Jellen“, ein Mann mit einer Schußwunde in der Brust demüthlos vorgefunden und nach der Charite gebracht. Es liegt offenbar Selbstmordverdacht vor. — Am 14. früh wurde an der Adalbertstraße die Leiche eines Mannes aus dem Wasser gezogen. — Vormittags wurden in der Drogonerstraße ein 14 Jahre alter Bürsche und in der Palisadenstraße ein 5 Jahre alter Knabe durch Schlägterwagen überfahren und namentlich ersterer derartig am Kopfe verletzt, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. — In seiner Wohnung, in der Mantelstraße, machte ein Handwerker den Versuch, sich durch Zuckersäure zu vergiften. — Ein Mann wurde in seiner Wohnung in der Barnimstraße erhängt vorgefunden. —

In einem Hotel wurde eine Frauensperson, die dort kurz vorher eingelehrt war, in dem ihr zugewiesenen Zimmer schwer krank vorgefunden. Der zugezogene Arzt nahm eine Vergiftung durch Salzsäure an und veranlaßte die Ueberführung in die Charite. — Nachmittags fiel ein Mann in der Wienerstraße beim Befahren seines in der Fahrt befindlichen, mit Koffen beladenen Wagens hin, gerieth unter die Räder und wurde auf der Stelle getödtet. — Ein Schornsteinfegergehilfe fiel bei der Arbeit vom Dache des Hauses Gartenstr. 36 auf ein etwa 20 Meter tiefer belegenes Gebäude herab und blieb todt liegen. — Am 15. d. M. Vormittags wurde ein 6-jähriges Mädchen durch einen aus dem zweiten Stock des Hauses Christinenstr. 4 herabfallenden Blumentopf getroffen und am Kopfe schwer verletzt. — Mittags verletzte sich ein Handwerker in seiner Wohnung, in der Boyenstraße, durch einen Schuß in die Schläfe. — In der Spree, gegenüber dem Grundstück Reichstags-Ufer 1, wurde die Leiche eines etwa 20-jährigen Mannes angeschwemmt. — In der Nacht zum 16. d. M. fiel ein Mann an der Ecke der Linden- und Ritterstraße beim Abspringen vom Borderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens nieder, gerieth unter die Räder und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — Am 14. und 15. d. M. fanden acht unbedeutende Brände statt.

Kleine Theater- und Literatur-Chronik.
Mit Adolf Friedrich Grafen von Schack, der am Sonnabend im 79. Lebensjahre gestorben ist, verliert die Kunst einer ihrer werthvollsten Förderer, die Wissenschaft einer ihrer hervorragendsten Vertreter und die deutsche Dichtkunst eine eigenartige Persönlichkeit. Jeder, der München kennt, hat die Schack'sche Privatgalerie besucht, die ein Denkmahl des Mannes ist, der nicht nur Talente zu entdecken verstand, sondern sie auch von der Sorge ums tägliche Brot befreit, zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte führte. Außerordentlich werthvoll sind seine formvollendeten Uebersetzungen orientalischer Dichtwerke. Wir können nicht im Einzelnen die Verdienste des Verstorbenen würdigen, wir dürfen aber unser Urtheil in die Worte zusammenfassen: Ein edler und selbstloser Mann ist dahin gegangen, wenn er auch von Eitelkeit und kleinen Schwächen nicht ganz frei.
Berlin hat Aussicht, die weltberühmte Gemäldegalerie zu erhalten, wenn die früher verbreiteten Gerüchte über das Testament Schack's sich bewahrheiten sollten. —
Eine freie Volksbühne nach dem Muster der Berliner freien Volksbühne ist jetzt auch in Kiel begründet worden. Der Verein hat sich, wie von dort gemeldet wird, in einer öffentlichen Volksversammlung konstituiert.

Das gebührende Dichterlob theilt auch der bekannte dänische Dichter Holger Drachmann. Seine Verse sind in Dänemark in Jedermanns Munde, seine Novellen gehören zur Lieblingslektüre eines freisinnigen Publikums, sein Melodrama „Es war einmal“ erlebte nun schon die 125. Aufführung auf dem königl. Theater und dennoch befindet sich dieser Antec in einer traurigen pekuniären Lage, denn seine Gedichte schätzt man wohl, aber man kauft sie nicht, seine Novellenansammlungen sind nicht zahlreich und von dem Kassenerfolg seines Dramas hatte er nichts, da es noch aus einer Zeit stammt, da die Theater nur für die ersten 25 Aufführungen Zantleien zahlen mußten. Es wirft übrigens ein höchst interessantes Licht auf die Verwaltung und Leitung des königlichen Theaters in Kopenhagen, daß es nicht freiwillig dem am Leben befindlichen Dichter einen entsprechenden Antheil an seinem Geisteswerke einräumt, obwohl sein Stück „den größten Kassenerfolg“ bedeutet, den ein dänisches Schauspiel je gehabt hat! Genug, Herr Drachmann befindet sich in einer solchen Lage, daß der schwedische Sänger Scholander, der zur Zeit in Kopenhagen weilt, zu Drachmann's Benefiz eine Matinee veranstaltet, an welcher die ersten Künstler des Nordens theilnehmen werden. Herr Scholander wird singen, Herr Björn Björnson vortragen, Fr. Schytte Klavier spielen und Herr Nielsen seine neueste noch nicht aufgeführte Komposition dirigiren, die Musik zu Holger Drachmann's Melodram „Enferd“. Es bedarfe also der Initiative eines schwedischen Sängers, um dem „gefeierten“ dänischen Dichter Hilfe zu spenden.

Gerichts-Beitrag.
Die Schicksale der Junkermann'schen Schauspiel-Gesellschaft in Amerika, die in der Theaterwelt so viel Staub aufgewirbelt haben, beschäftigten am Sonnabend das hiesige Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Nidel in Form einer Privatklage des Theaterdirektors A. Junkermann wider den Redakteur des „Fremdenblattes“, Dr. Adalbert von Hanstein. — Direktor Junkermann engagierte bekanntlich J. B. hierseits eine Gesellschaft zu einer amerikanischen Tournee. In dem Engagementsvertrage war ein § 19 vorhanden, welcher besagte: wenn Direktor Junkermann krank werden sollte, sei er berechtigt, den Vertrag innerhalb zweier Tage aufzulösen. Junkermann soll die Bedenken, die einzelne Schauspieler gegen diese Vertragsbestimmung geltend machten, mit der Bemerkung beschwichtigt haben, daß von dieser Bestimmung nur im alleräußersten Nothfalle Gebrauch gemacht werden würde. Er soll sogar hinzugefügt haben: „So lange noch ein Stein meiner Villa auf dem andern steht, soll von jenem Paragraphen kein Gebrauch gemacht werden.“ Die Engagements für die amerikanische Tournee gingen bis zum 1. Mai, das Gastspiel wurde jedoch am 29. März in Cincinnati plötzlich abgebrochen, da Junkermann auf grund ärztlicher Atteste von jenem § 19 Gebrauch machte. Junkermann ist dann nach Deutschland zurückgekehrt und am 6. Mai schon wieder in Thalia-Theater zu Hamburg im Reuter-Palast aufgetreten. Ueber die Vorgänge in Cincinnati und das Schicksal der Theatertruppe erschien dann in der „Bühnengenosenschaft“ eine von mehreren Mitgliedern der Tournee unterzeichnete Erklärung, welche das Verfahren des Herrn Junkermann scharf geißelte. Es wurde so dargestellt, als ob Junkermann schon in Chicago nach mehrfachen Differenzen mit seinem Manager Amberg versucht habe, Krankheit zu simuliren. Er sei dann wieder gesund geworden, als ihm ein erfolgreiches Gastspiel in Cincinnati winkte, niemand habe dort von einer Krankheit an ihm etwas bemerkt und die Schauspieler seien in dem fremden Lande plötzlich in Noth und Elend zurückgelassen worden, während Junkermann nach Deutschland abgereist sei, um hier in Hamburg sein schon vor der Amerikaner Tournee abgeschlossenes Gastspiel zu absolviren. — Auf grund dieser Mittheilungen der „Bühnengenosenschaft“, die ihm auch von dem Mitgliede der Tournee, Herrn Robert Guhern, ausdrücklich bestätigt wurden, veröffentlichte der Privatbeklagte im „Fremdenblatt“ fünf Artikel, in welchem das Vorgehen Junkermann's aufs schärfste gebannt wurde. Es wurde darin von dem „widerlichen Treiben eines solchen Patrons“, von einem „Scheinhilgen“, „Seelenverleurer“ u. gesprochen und unter Hinweis auf das bekannte Durchbrennen des Direktors Junkermann jun. gesagt: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.“ Der Privatbeklagte machte geltend, daß er es für eine Aufgabe der Presse gehalten habe, in diesem erorbitanten Falle einmal die Fuhangeln zu zeigen, die den Schauspielern durch die Kontrakte gelegt werden. Die thatsächlichen Vorgänge seien durch ein amerikanisches Blatt nach Deutschland gemeldet worden und die Mittheilungen des amerikanischen Blattes seien ihm durch Herrn Guthery durchaus bestätigt worden. — Die Mitglieder der früheren Junkermann'schen Gesellschaft, Herr Griebel, Frau Griebel, Herr Pahlau und Herr Guthery bestätigten im Wesentlichen die Ausführungen der Artikel, wogegen Fräulein E. Lindner, Regisseur Peter's-Hamburg, Most-Wiesbaden und Toni Ziegler sich auf Seiten des Herrn Junkermann stellten. Als Vertreter des letzteren fungirte Rechtsanwalt Michaelis, Rechtsbeistand des Angeklagten war Rechtsanwalt Träger. Der

Freie Volksbühne.

In der am Sonntag Nachmittag für die zweite Abtheilung der Freien Volksbühne veranstalteten April-Vorstellung folgte auf das Edgren-Lessler'sche Schauspiel „Wie man wohlthut“, das bereits vor acht Tagen, nach seiner Aufführung für die erste Abtheilung, an dieser Stelle besprochen worden ist, das zweiatzigtägige Lustspiel „Michel Perrin“ von Mellesville-Duvernoy.

Wir müssen es versagen, die belustigende Handlung genauer wiederzugeben, weil wir den Mitgliedern der anderen Abtheilungen das Vergnügen nicht hören dürfen. Das Belustigendste an dem Stück ist aber das, daß es lange Zeit hindurch an dem hiesigen königlichen Schauspielhaus mit großem Erfolge gegeben worden ist, allerdings in einer anderen Bearbeitung als die ist, welche man für die Aufführung in der Freien Volksbühne benutzte.

Den Polizeirath Descaunais, der den Oberspittel macht, und in dessen Händen alle Fäden der politischen geheimen Polizei zusammenlaufen, gab Paul Pauli. Er war unstreitig sehr interessant, aber wir fürchten, daß diese etwas komische gezeichnete Gestalt nur von wenig Zuschauern für überhaupt möglich gehalten worden ist. Den beschränkt-gutmüthigen Sandparker Michel Perrin, der, ohne es zu wissen, als Spießel gebraucht wird und dabei die hohe Polizei selber zum Spießer hat, ohne es zu wollen, gab Rhode-Gelling.

Das zu dieser Vorstellung ausgegebene achte (April-) Heft der Vereinszeitung „Die Volksbühne“ (Verlag von Max Bading) bietet dies Mal infolgedessen ein besonderes Interesse, auch für Nicht-Mitglieder, als es neben der üblichen Besprechung der beiden zur Ausführung gelangenden Stücke einen Nachblick auf die bisherige Thätigkeit der Freien Volksbühne bringt, dem eine Berufsstatistik der Mitglieder angefügt ist. Diese Statistik beweist, daß die „Freie Volksbühne“ in der That eine proletarische Volksbühne ist und in der großen Masse der Berliner Arbeiterbevölkerung wurzelt.

Gerichts-Beifung.

Gewerbegericht.

Kammer II. Vorsitzender: Assessor von Schulz. Sitzung vom 13. April.

Auch eine Lohnentschädigungs-Klage. Der Arbeiter Went war lange arbeitslos. In sehr bedauerlicher Lage wandte er sich u. a. auch an die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ um Unterstützung. Diese hat die Wohlthätigkeit, sie um Almosen angehende Bedürftige der in der Klosterstraße bestehenden jüdischen Volkstüche zur Speisung zu überweisen. Vier Wochen lang sah denn auch W. dort auf ihre Veranlassung, ohne Bezahlung, leisten zu brauchen. Nach Ablauf dieser Frist erhielt W. keine neue Freikarte, sondern wurde von dem Mitgliede der D. G. f. E. K., an welches er sich gewandt hatte, zur Gattin eines wohlhabenden Geschäftsmannes, einer Frau Abraham, geschickt. Die Frau steht in inniger Beziehung zu der erwähnten jüdischen Volkstüche, ihr Gatte ist Mitbegründer und Erhalter derselben. Sie gab dem W. 3 Schmarcken auf seine Bitten, theilte ihm aber gleich mit, daß es nicht angängig sei, dauernd jemand durch Freistellen zu unterstützen; er müsse sehen, eine Kleinigkeit wenigstens zu verdienen. Auf seine Klagen, daß es schwer falle, heutzutage Arbeit zu bekommen, meinte Frau Abraham zu W., es sei gerade dieser Tage im Geschäft ihres Mannes viel zu thun, er möge mal sehen, ob er den Hausdienern nicht beim Packschüttern helfen könne. W. half einige Tage und erhielt dafür infolge einer Anweisung der Frau A. eine Kleinigkeit, außerdem noch 3 Schmarcken. Mit der Bezahlung seiner Arbeitsleistung war W. nicht einverstanden, er stellte bestimmte Forderungen auf. Da seine Arbeitskraft entbehrlich war, schickte man ihn fort. Jetzt wurde er beim Gewerbegericht klagbar — wegen unrechtmäßiger Entlassung. Der Beklagte machte gegen die Klage geltend, Kläger sei nicht fest engagiert worden, sondern nur anhilfsweise; er habe nur ein bisschen „mithelfen“ sollen, sich ein paar Groschen zu verdienen. Die Beweishebung ergab — Frau A. wurde als Zeugin vernommen — obigen Sachverhalt; Kläger wurde abgewiesen. Das Gericht war der Meinung, daß, wenn überhaupt, nur ein Arbeitsverhältnis „auf Anhilfsleistung“ zwischen den Parteien bestanden habe. Thatsächlich habe der Kläger — wie erwiesen sei — nur auf eine bestimmte, nicht außergewöhnliche Weise durch seine Beschäftigung unterstützt werden sollen. Ob er genügend für dieselbe entlohnt worden sei oder nicht, komme für seinen Lohnentschädigungs-Prozess nicht in Betracht.

Die Ehrlichkeit der Berliner Droschkentischer ist bereits sprichwörtlich geworden. So mancher hat diese Ehrlichkeit aus eigener Erfahrung kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Und doch giebt es Leute, welche von dieser Ehrlichkeit nicht zu überzeugen sind. Zu diesen gehören in erster Linie die Fuhrunternehmer, Fuhrherren, wie sie sich nennen. Dieselben behaupten bis auf den heutigen Tag noch, daß sie von den Kutschern in größtenteils betrogen werden, daß die Kutscher den größten Theil der Tageseinnahme in ihre Tasche stecken und den armen Fuhrherren nur den kleineren Theil der Tageseinnahme abliefern. Um derartigen Betrügereien ein Ende zu machen, ist ja angeblich auch der Kontrollapparat (Zaxameter) erfunden und im Droschken-Fuhrgewerbe zur Einführung gebracht worden. Wenn die Beweggründe hierzu auch ganz anderer Natur sind, so muß man doch einen

plausiblen Vorwand haben und wird hierzu die angebliche Unethlichkeit der Droschkentischer ins Feld geführt. Merkwürdig konträr ist aber die Thatsache mit der Behauptung der Fuhrunternehmer, denn trotz der ihnen unterworfenen Betrügereien sind die Droschkentischer arme Teufel geblieben, trotz ihrer vielfach langjährigen Thätigkeit auf dem Kutschbock, während die Fuhrunternehmer wohlhabende und reiche Leute, Hausbesitzer und Millionäre geworden sind. Daß aber auch die Polizeibehörde keine besonders hohe Meinung von der Ehrlichkeit der Berliner Droschkentischer hat, beweist das bekannte Antwortschreiben des Berliner Polizeipräsidenten auf eine Eingabe des Vereins Berliner Droschkentischer um Aufhebung der erlassenen Polizeiverfügung betreffend die obligatorische Einführung der „Weißkärten“ für Zaxameter-Droschkentischer. In demselben wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Zaxameter bezw. Fahrpreis-Anzeiger geeignet sei, das Publikum vor Uebertheuerungen seitens der Kutscher zu schützen. Wenn auch zuweilen Anzeigen gegen Droschkentischer wegen Tarifüberhebung erlassen werden, so entbehren dieselben doch größtenteils der thatsächlichen Begründung; der ihnen hieraus erwachsende Schaden würde viel größer sein als der geringfügige erzielte Nutzen. Ten beiden gedachten, die Ehrlichkeit der Droschkentischer in Frage stellenden Faktoren hat sich nunmehr noch ein dritter hinzugesellt und zwar — das Berliner Schiedsgericht der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft. Es handelte sich um die Rentenfestsetzung eines Berliner Droschkentischer, welcher einen Betriebsunfall erlitten hatte. Die Berufs-genossenschaft legte der Festsetzung der Rente einen täglichen Arbeitsverdienst von 3 M. zu Grunde, indem sie ausführte, daß der betreffende Droschkentischer in den jährlichen Lohnnachweisungen der Unternehmer mit 3 M. täglich ausgeführt sei und sie hiernach auch nur die Rente des Verletzten berechnen könne, indem die Unternehmer nur nach diesem Lohnsatz ihre Beiträge zur Berufs-genossenschaft zahlen. Der Kutscher legte hiergegen Berufung ein, indem er geltend machte, daß er täglich durchschnittlich mindestens 4 M. verdient habe. Daß er als Droschkentischer mit täglich 3 M. nicht auskommen könne, müsse jedem klar sein, der das Geschäft kenne. Das Schiedsgericht wies indessen die Berufung zurück. In den Gründen hierfür wird angegeben, daß es gerichtsnöthig sei, daß die Berliner Droschkentischer einen täglichen Arbeitsverdienst von 3 M. haben. Daß Kläger von dem vereinbarten Fahrlohn sich mehr als er durfte, d. h. etwa 4 M. täglich, zugeeignet habe, sei zwar nach den Mißbräuchen im Droschkengewerbe hieselbst nicht ausgeschlossen etc. Die Herren Fuhrherren haben demnach mit ihrer Anschauung in dem Schiedsgerichte einen willkommenen Bundesgenossen gefunden. Dessen ungeachtet werden die Berliner Droschkentischer sich nicht verleiten lassen, das zu werden, als was sie hinzustellen man beliebt, sondern bleiben, was sie waren: ehrliche Arbeiter. Allen Anfeindungen gegenüber mögen sie sich trösten mit dem Bewußtsein, daß sie besser sind, als der ihnen angehörende Ruf.

Soziale Uebersicht.

Den Parteigenossen in Charlottenburg stehen zur Zeit nur 2 Lokale: Gambrius-Brauerei, Ballstr. 94 und Bismarckshöhe Wilmerdorferstr. 39 zu Versammlungen zur Verfügung. Beide Lokale liegen aber in einem Stadttheile. Bei der großen Ausdehnung der Stadt ist es aber unbedingt nötig, daß wir in den verschiedensten Theilen derselben unsere Versammlungen abhalten können, um allen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, dieselben zu besuchen. Durch die Hartnäckigkeit der anderen Lokalinhaber sehen wir uns nun veranlaßt, zunächst drei Lokale zu sperren. Es sind dies:

- 1. Grosjean's Klubhaus, Westend, Ecke Horn-Allee an der Spandauerstraße.
2. Friesenhau's Salon, Sophie-Charlottenstr. 94.
3. Papius, Berlinerstr. 89.

Diese drei Lokale (Zanzäle) mögen unsere Genossen unter allen Umständen vermeiden.

Gleichzeitig mit dieser Maßregel hängen wir in allen Lokalen wo Arbeiter verkehren, eine Postkarte aus, auf welcher sämtliche anderen gesperrten Lokale verzeichnet sind. Arbeiter! Parteigenossen! Helft uns, diesen seit längerer Zeit geführten Kampf siegreich zu Ende führen. Speziell die Berliner auf ihren Ausflügen ersuchen wir dringend, unsern Wunsch nachzukommen. Die Lokalkommission.

Die Malermeister von Bremerhaven haben in einem Antwortschreiben an das Lokalkomitee alle Forderungen der Gehilfen abgelehnt außer der gegenseitigen Nichtkündigung; der Streik dauert unverändert fort.

Zur Beilegung des Weberstreiks in Pausa fand daselbst vor wenigen Tagen eine Versammlung statt, zu der sich auch der Gewerbe-Inspektor aus P. la. u. n. eingeladen hatte. Der Herr Gewerbe-Inspektor scheint eine recht eigenthümliche Auffassung von seiner Aufgabe als Vermittler zu haben. Als auf seine Frage, wer die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen wollte, sich niemand meldete, erklärte er, in der Sache nichts mehr thun zu können; die Versammlung verlief resultatlos. Bemerk sei noch, daß namentlich die Frauen von einer Wiederaufnahme der Arbeit nicht wissen wollten, so lange ein Werksführer Namens Schmidt in der Fabrik verbleibe.

Der Streik bei Fuhangel in Hagen ist nicht beigelegt aber er ist erfolglos geblieben, da sich leider Streikbrecher genug fanden, die Stellen der Ausständigen einzunehmen. Es blieb den organisierten Buchdruckern nur noch übrig, diejenigen ihrer Kollegen, die weiter gearbeitet hatten, soweit sie Mitglieder der Organisationen sind, aus derselben auszuschließen. In einer am 7. April in Hagen stattgefundenen Versammlung ist dies denn auch geschehen; übrigens soll sich Fuhangel zu einigen kleinen Verbesserungen verstanden haben.

Jam Schneiderstreik. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß die Polizei am Sonntag mehrere Fahrer der Bewegung — theilweise in ihren Wohnungen — verhaftet hat.

Der Grund zu diesem Vorgehen ist noch nicht bekannt, er wird vielleicht darin zu suchen sein, daß die Polizei-Organen keinerlei Annäherung der Ausständigen mit den durch allerhand Versprechungen hierher gelockten Schneidergesellen dulden wollen.

Ueber das Schicksal der von Berlin nach Stuttgart transportierten Schneider theilt die dortige Lokalkommission mit, daß ein großer Theil schon unterwegs ausgehien, ein anderer Theil auf dem Stuttgarter Bahnhof Ausreißer gemacht hat. Sie haben so den braven Schneidermeistern wenigstens eine billige Fahrt zu verdanken. Nur eine geringe Anzahl hat sich von der Gnadensonne der guten Schwaben auch noch weiter beschleichen lassen; sie traten in Arbeit und werden aufs sorgsamste gepflegt und bewacht. Begleitet vom Prinzipal, Kaufleuten, Lehrlingen, Pauschrechten u. s. w. werden sie am Morgen in das Geschäft abgeführt; das Mittagessen erhalten sie in der Werkstätte, und am Abend werden sie wieder zurückgeleitet nach der Herberge. Auf das Prädikat „freie Arbeiter“ können diese Hausweiser freilich kaum noch Anspruch erheben und es fragt sich, wie lange sie sich diese Behandlung werden gefallen lassen.

Zu dem großen Ziegelbrennerstreik in Belgien wird unterm 12. d. M. berichtet:

In der Provinz Antwerpen ist ein bedrohlicher Ausstand der Ziegelbrenner ausgebrochen und gewinnt mit jeder Stunde an Ausdehnung. In Kumpst, Terhagen, Boom, Möveren, Niel haben sämtliche Ziegeleien ihren Betrieb einstellen müssen. Die Ziegelbrenner fordern eine Erhöhung der sehr niedrigen Löhne, aber die Fabrikanten weigern sich, sie zu bewilligen, da die Arbeiter bis zum 30. September für die jetzigen Löhne verpflichtet sind. Der Ausstand brach in Kumpst und Terhagen aus. In diesen Ziegeleien sind die Arbeitslöhne noch um 20 bis 25 pCt. niedriger, als in den übrigen Ziegeleien; überdies haben die Fabrikanten dieser beiden Orte ihren Ziegeleien große Verkaufshallen angegeschlossen, in denen die Arbeiter ihren gesammten Lebensbedarf: Speck, Mehl, Kohlen, Bekleidungsstücke, Holzschuhe u. s. w. kaufen müssen. Die gelieferten Waaren sind ebenso theuer wie schlecht und werfen den Fabrikanten einen schönen Gewinn ab. Ja, es ist diesen Arbeitern verboten, sich Schweine zu halten, da die Fabrikanten ihnen aus Amerika bezogenen Speck verkaufen wollen. Gegen diese auch den gesetzlichen Bestimmungen Hohn sprechende abscheuliche Mißwirtschaft haben sich die Arbeiter erhoben und wollen diesem Ausbeutungssystem ein Ende machen. Im 1500 bis 2000 ausländische Arbeiter zogen unter Trommelschlag aus Kumpst und Terhagen von Ort zu Ort, von Ziegelei zu Ziegelei; überall wurden stürmische Versammlungen abgehalten und schließlich wurde aller Orten der Anschluß an den Ausstand beschlossen. Da die Fabrikanten nicht nachgeben wollten, so begannen seit gestern die Ausständigen (?) sich an dem Eigenthum (?) der Fabrikanten in Kumpst und Terhagen zu vergreifen. Seit gestern sind starke Gendarmen-Abtheilungen und das fünfte Linien-Regiment an Ort und Stelle, um weitere Verhättnisse zu verhindern; auch ist die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge eingeleitet, aber die Gährung ist eine gewaltige, so daß heute Nacht in Kumpst Niederlagen fertiger Ziegel erschossen und total zerstört worden sind. Zwischen der Gendarmenrie und den Ausständigen ist es schon zu Zusammenstößen gekommen. Die Arbeiter fordern Lohnhöhung und Schließung der Verkaufshallen der Fabrikanten; bis heute haben die Fabrikanten noch nicht nachgegeben. Sie bieten den Arbeitern 0.20 Fr. Lohnhöhung für 1000 Ziegel; da aber die Arbeiter 0.75 Fr. fordern, ist die Verhandlung gescheitert.

Ein Blatt aus der Anlagesschrift gegen die heutige Gesellschaft. Der Arbeiter H. H. zu Altenhagen ist vor Jahren wegen Diebstahls zweimal bestraft worden, hat sich dann aber gut geführt. Durch lange Arbeitslosigkeit in tiefster Armuth gerathen, hat er endlich das Glück, Arbeit zu finden und für die kranken Kinder etwas zu thun. Er bedarf aber einer Schippe, die er zur Arbeit mitbringen muß, und in seiner Noth entwendet er ein solches Arbeitshilfsinstrument mit der Absicht, es vom ersten Lohn zu bezahlen. Er mußte zu der niedrigsten Strafe von drei Monaten Gefängnis verurtheilt werden. — Der Mann mußte ja so hart bestraft werden, er war rückfällig; — es lebe die Gerechtigkeit!

Einen glänzenden Beweis von dem Vorhandensein der Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter erbrachten kürzlich die Wiener Bauunternehmer und Maurermeister. Die Forderungen, welche ihnen die Arbeiter gestellt hatten und die wir bereits zur Veröffentlichung gebracht, belieben sie mit folgendem blühenden Schreiben zu beantworten:

Hochgeehrte Herren! Der der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister in Wien seitens des hochverehrten Gehilfen-Ausschusses zugekommene Bitte um Gewährung einer um eine Stunde verlängerten Arbeitszeit wird über Beschluß mehrerer Maurermeister und Bauunternehmer insoweit Folge gegeben, als die verkürzte Arbeitszeit nur vom 15. Oktober bis 15. April bewilligt wird. In den übrigen Monaten bleibt die seitherige Arbeitszeit sowie alles andere aufrecht, da sonst die Bauunternehmer um zehn Prozent der Arbeitslohnsumme weniger verdienen würden und jeder einzelne Arbeiter die eine Stunde ohnehin nicht spürt und nur noch mehr faulenzen würde.

Die Abschaffung der Akkordarbeit läßt sich seitens der Bauunternehmer auch nicht vermissen, da ein Maurer im Tagelohn höchstens 400 Ziegel vermauert, im Akkord aber mindestens das doppelte; und beim groben und seinen Verputz macht ein Maurer nach Tag höchstens zehn Meter, entgegen im Akkord mindestens das Doppelte. Endlich kann weder ein früherer Arbeitschluß am Wochenende, noch eine andere Arbeitsordnung bewilligt werden, da hierzu keine Nothwendigkeit vorliegt. Jedenfalls wollen die hochgeehrten Herren Maurer eine Arbeitsordnung in dem Sinne, daß anstatt der Maurer die Herren Bauunternehmer arbeiten sollen.

Erreichtmachen bewilligen wir Euch, hochgeehrte Herren, im Winter recht gerne, denn im Sommer niht es Euch ohnehin nicht.

Wien, am 3. April 1894.

Hochachtungsvoll Euerer ergebenen Bauunternehmer.

P. S. Entschuldigt, daß die Antwort sich um einige Tage verzögert hat, als Ihr gewünscht habt. Hier tritt der nachste Unternehmer-Standpunkt zu Tage; zynisch und brutal weisen sie jede Möglichkeit einer Einigung von sich, wissend, daß sie vorläufig die Macht haben. Wie schreien aber die Herren, wenn der Arbeiter einmal die ihm günstige Zeit benützt, um seine Wünsche durchzuführen.

Eine Arbeiterzählung soll am 1. Mai wiederum im Reich vorgenommen werden. Die Zählung erstreckt sich auf alle Betriebe, welche mindestens 10 Arbeiter beschäftigen.

Arbeiterinnen-Geld. Laut Lohnzettel der Mannheimer Webfabrik erhielt eine 17jährige Arbeiterin in 9 Tagen — vom 29. März bis 9. April — 2 M. 12 Pf. Lohn. Macht pro Tag etwa 24 Pfennige. Vor solchen Ungeheuerlichkeiten verstimmt jede Kritik.

Bei den Eintragungen in die Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter kommt es häufig vor, daß die Arbeitgeber diese nicht mit Tinte bewirken und an Stelle der Namensunterschrift einen farbigen Stempel verwenden. Ein derartiges Verfahren ist aber nicht nur unzulässig, sondern auch strafbar. Ebenso ist es nicht gestattet und strafbar, der Eintragung in das Arbeitsbuch ein Urtheil über die Führung und Leistungen des Arbeiters und zwar selbst auch dann, wenn dieselben günstig für den Arbeiter lauten, beizufügen. Gleichzeitig verweise wir darauf, daß nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses das Arbeitsbuch an den Vater oder Vormund, sofern diese es verlangen oder der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, andernfalls aber auch dem Arbeiter selbst auszuhändigen ist.

Verfammlungen.

Am 6. Wahlkreise fand nach Aufhebung der Lokalsperre des Grundbrunnens dortselbst am 13. d. M. zum ersten Mal eine öffentliche Volksversammlung statt, die, wie zu erwarten stand, derartig stark besucht war, daß um Platz zu schaffen, die Tische aus dem Saale des Lokales „Marienbad“, woselbst die Versammlung tagte, entfernt werden mußten. Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth referirte über das Thema: Anwendung

und Bedeutung des Boykotts für die sozialdemokratische Partei. Wie der Referent in seinem Vortrage ausführte, wird der Boykott gegen die Sozialdemokratie schon seit sehr langer Zeit in Anwendung gebracht. Er erinnert an die Nichtteilnahme von Sozialdemokraten in wirtschaftlichen Betrieben, in Staatswerkstätten etc., an die Entziehung von Vokalen zur Abhaltung von Versammlungen selbst mit Hilfe des Militärboykotts. Dadurch sei man bemüht, das Allen verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsrecht für die Sozialdemokratie illusorisch zu machen. Da aber gerade die Arbeiter das allergrößte Interesse an dem Versammlungsrechte haben und zur Ausübung desselben Versammlungslokale bedürfen, so könne es nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeiter dasselbe Mittel des Boykotts zur Anwendung bringen, um sich Versammlungslokale zur Ausübung ihres Versammlungsrechtes zu erobern. Der Gegenboykott seitens der Arbeiter sei daher durchaus berechtigt, ja es sei sogar Pflicht der Arbeiter, ihre Rechte zu verteidigen. Verwerflich sei die Anwendung des Boykotts aber, um Personen zu einer bestimmten politischen Parteirichtung zu zwingen. Die Partei habe hiervon keinen Vortheil, sondern nur Schaden, denn durch Zwang würden nur Heuchler geschaffen. Der Vortragende ging nunmehr zum wirtschaftlichen Boykott über und wies nach, daß die Anwendung des Boykotts auch im wirtschaftlichen Kampfe vollberechtigt sei und wirksam, sofern er mit Aussicht auf Erfolg zur Anwendung gebracht wird, anderenfalls aber von vielseitiger Schädigung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen immer mehr die Arbeiter zur Organisation, zum immer größeren Zusammenschluß. Ebenso zwingt der politische und kulturelle Entwicklungsprozess die Arbeiter, immer größere Forderungen zu stellen, wollen sie nicht vollständig in's Lumpenproletariat hinabsinken. Hierzu gehöre ebenfalls Organisation und Ausübung des Versammlungsrechtes, die Erlämpfung von Versammlungslokalen. Die Siege, die nach dieser Richtung hin erfochten werden, seien ebenfalls Siege im Interesse des Proletariats. (Lebhafte Beifall.) In der folgenden Diskussion wurden auch die Lokalverhältnisse des Gesundbrunnens besprochen und konstatiert, daß nach Vergabe der Lokale die betreffende Wirtin auch der Kellnerorganisation sich sympathisch gegenüberstellen. Der neue Wirt des „Kastanienwäldchen“ habe sich noch acht Tage Bedenkzeit ausgedehnt betreffs Vergabe seiner Unterkunft, und werden die Arbeiter diese acht tägige Bedenkzeit wohl respektieren. Die Versammlung pflichtete schließlich einstimmig folgender von Brinmann beantragten Resolution bei:

Die Volkversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Sie erblickt in der geschickten Anwendung des Boykotts eine scharfe Waffe für die Sicherung unseres Versammlungsrechtes. Die Versammlung giebt der Uebersetzung Ausdruck, daß das arbeitende Volk nicht nur jeden Versuch, seine Rechte zu schmälern, energisch zurückzuweisen, sondern auch mit aller Kraft sich der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellen wird, um weitere schwierige Aufgaben zu lösen. Insbesondere wird es jedem zur Pflicht gemacht, fortgesetzt dem sozialdemokratischen Wahlvereine Mitglieder zuzuführen und Abonnenten für die sozialdemokratische Presse: „Vorwärts“ und „Sozialdemokrat“, zu werden.

Der Verein der in der Schäftebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erledigte in seiner Versammlung am 7. April eine Reihe wichtiger Vereinsangelegenheiten. Dem Vorstand wurde der Auftrag erteilt, zur Errichtung eines planmäßig organisierten Arbeitsnachweises die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Flugblätter zur Maiseier in der nächsten Versammlung zur Verbreitung gelangen.

In einer öffentlichen Versammlung der Delegierten der Orts-Krankenkasse der Steindruck- und Lithographen wurde in betreff der Geschäftsführung des ersten Vorsitzenden Herrn Stuhlmann folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt die Handlungsweise des ersten Vorsitzenden, die er den Mitgliedern gegenüber in der Generalversammlung geübt hat, als einen Beweis seiner Unfähigkeit, die Versammlung unparteiisch zu leiten. Der Betreffende hat damit das zu seinem Amt unbedingt notwendige Vertrauen verloren. In der Diskussion wurde eine eingehende Schilderung gegeben, mit welchen Mitteln der Vorstand bei der letzten Wahl

gearbeitet hatte. Sodann wählte die Versammlung eine Kommission, die den Auftrag erhielt, bis zur nächsten Generalversammlung die nötigen Statutenänderungen auszuarbeiten.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 9. April eine kombinierte Versammlung ab, in der über das Thema „Der Industrieverband in der Bekleidungsindustrie“ diskutiert wurde. Alle Redner waren der Meinung, daß die Branchenorganisation für uns augenblicklich die vortheilhafteste sei. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich gegen die Gründung von Industrieverbänden, sie hält an der Branchenorganisation fest und sucht dieselbe durch stete Agitation zu stärken. Dem Vorstande wurde es überlassen, am 2. Pfingstfeiertage eine Partie zu veranstalten.

Die Buchdrucker und Schriftgießer hielten am 18. April im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75, eine öffentliche Agitationsversammlung ab, die auch seitens der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zahlreich besucht war. Massini referierte über: „Die Mißstände im Buchdruckgewerbe, deren Ursachen sind wie sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu bessern?“ Die Ursachen für das stetige Zurückgehen der Löhne, der Ueberhandnahme der Ueberstundenarbeit und Lehrlingszuchterei, sowie der unwürdigen Behandlung, denen Arbeiter und Arbeiterinnen in vielen Druckereien ausgesetzt sind, suchte der Redner einseitig in der Profitgier der Unternehmer, andererseits legte er der Interessenslosigkeit der Kollegen auf der Organisation die Hauptschuld an dem Niedriggang ihrer Erwerbverhältnisse bei. In nicht geringem Maße würden leider die Prinzipale in ihrem Vorgehen gestärkt durch die Agitation einer in jeder Beziehung zweifelhaften Organisation, genannt der „Gutenberg-Bund“. Dieser Agitation sowohl die Spitze zu bieten, als auch einen weiteren Rückgang der ohnehin erbärmlichen Lebensweise kraftvoll entgegen zu setzen, dazu bedürfte es der Teilnahme eines jeden aufgeklärten Menschen. Der Redner forderte eindringlich zum Anschluß an den Verband Deutscher Buchdrucker und Schriftgießer, beziehungsweise den „Verein der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“ auf, damit bei gelegener Zeit in einen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erbringung höherer Löhne eingetreten werden könne. (Beifall.) Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und förderte viele Mißstände zu Tage, welche nach genauer Recherche später mit den Ergebnissen weiterer Versammlungen in einer Broschüre veröffentlicht werden sollen. Dadurch hofft man die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, die bei einer event. Lohnbewegung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Was an Ueberarbeit geleistet wird, geht aus den Ausführungen des Kollegen Wach's hervor. In einer Woche 40 Ueberstunden ist in einer Druckerei keine Seltenheit; er gab den Kollegen und den Arbeiterinnen im Allgemeinen zu bedenken, daß sie dadurch sich selbst schädigen, indem der Arbeitsmarkt liberalisiert wird und dann logischer Weise auf die Löhne drückt. Ein Redner gab an, daß er in einer Offizin in der Waldemarstraße innerhalb eines Vierteljahres der 17. Maschinenmeister gewesen sei. Der Besitzer der Druckerei hole sich seine Arbeitskräfte von der christlichen Herberge. Eine Arbeiterin schilderte die Zustände bei Maarbaum, Meidenbergstraße. In diesem „Laudenschlag“ werden die Hintertreppen-Romane wie „Der Zigeunerhauptmann Petermann“ etc. hergestellt. In einer Stunde müssen 15 000 Bogen bedruckt werden, denn Herr Maarbaum erklärt, „er komme sonst nicht zu recht“. Es scheint aber, als ob das Geschäft nicht so unübel ist, denn es sind in letzter Zeit noch zwei neue Maschinen aufgestellt. Mehrere Redner führten aus, daß seitens der Prinzipale auf die „Verhandler“ ein kolossaler Druck ausgeübt werde, entweder aus ihrer Offizin oder aus dem Verband auszutreten. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ beschäftige schon seit Jahren keine Verbandsangehörige, dafür aber „Leineweber“ (jedenfalls nach dem Begründer des Gutenberg-Bundes), darunter zwei mit nur 21 Mark Wochenlohn. (Psiu.) Wie sich das mit seiner „Unparteilichkeit“ in Einklang bringen lasse, darüber schweige sich Herr Scherl aus. Auch die Druckerei von Hempel wurde als die Hochburg der „Leineweber“ bezeichnet. Massini gab in seinem Schlusswort bekannt, daß noch weitere Versammlungen in den verschiedenen Stadtbezirken einberufen würden und er mahnte zu eifrigster Agitation für dieselben. Wach's forderte zum Schluß auf, für weitest Verbreitung des „Korrespondent“ und der „Neuen Union“ zu sorgen.

Für die Hausdiener, Packer und Expeditionsarbeiter Charlottenburgs war zum 12. April eine öffentliche Versammlung behufs Stellungnahme zum Kongress in Halle a. S. einberufen. Kollege Schumann legte den Anwesenden mit kurzen Worten die Bedeutung eines derartigen Kongresses dar und besprach anknüpfend an die provisorische Tagesordnung desselben die gedrückte soziale Lage dieser Arbeiterkategorie, die infolge ihrer großen Abhängigkeit vom „Chef“ und der ungewissen, mahlofen Arbeitszeit sich der Aufklärung schwer zugänglich erweise. — Von der Wahl eines eigenen Delegierten zum Kongress wurde, da die Bewegung in Charlottenburg erst seinen Fuß fassen muß, Abstand genommen; auf Wunsch des Kollegen Rau'er übertrug man das Mandat den Berliner Delegierten. Von seiten mehrerer Redner wurde als Grund für den mangelhaften Besuch der Versammlung die überaus lange Arbeitszeit in den Charlottenburger Geschäften, die sich öfter bis nach 10 Uhr Abends hinzieht, angeführt und das Ersuchen an die Berliner gerichtet, öfter Versammlungen am Orte abzuhalten, um dergestalt eine Besserung in diesen unwürdigen Zuständen herbeizuführen. Zur Förderung der Agitation wurde eine Kommission ernannt, der die Kollegen Riß, Linke und Decke angehören.

Friedenau. Am 8. April tagte hier im „Ruhhaus“ eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher der Vororte Berlins. Kollege Schweizer-Rixdorf referierte über das Thema: „Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiter.“ An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Heberau-Rixdorf, Flemming-Charlottenburg und Link-Berlin. Dieselben äußerten sich alle dahingehend, daß die Interessenslosigkeit der Kollegen gegenüber der Organisation aufhören müsse, denn nur durch eine feste Vereinigung können wir unsere traurige Lage im Malergewerbe verbessern. Eine Resolution im gleichen Sinne gehalten wurde einstimmig angenommen. Hierauf theilte Kollege Link mit, daß die Berliner Kollegen beschloßen haben, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern; am Vormittag findet eine Versammlung und des Abends ein gemächliches Beisammensein statt. Er wünsche, daß sich die Kollegen der Vororte hieran beteiligen. Zum Schluß machte Kollege Lutter der Versammlung die Mittheilung, daß am 29. April, Vormittags 10 Uhr, eine kombinierte Filialversammlung der Vororte Berlins in Charlottenburg stattfindet.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Die Schriftgießer haben beschloßen, den 1. Mai nicht zu feiern, so berichten bürgerliche Zeitungen über eine Versammlung vom 10. d. M. Dies entspricht aber gar nicht dem gefassten Beschlusse. In der betreffenden Versammlung wurde von verschiedenen Rednern der Standpunkt vertreten, daß eine Gewerkschaft wie die der Schriftgießer, die zu 95 pSt. organisiert ist, sehr wohl im stande sei, den 1. Mai durch Ruhelassen der Arbeit zu feiern. Die Majorität entschied aber dafür, sich dem Beschlusse des graphischen Kartells anzuschließen und jedem anheim zu geben, den 1. Mai in dem Bezirk des Wahlvereins, dem er zugehört, zu feiern. Zu diesem Beschlusse gelangte die Versammlung aus folgenden Gründen: Erstens, weil die Arbeitsruhe einer so kleinen Gewerkschaft, wie die der Schriftgießer, doch keinen Eindruck macht, wenn die anderen Gewerkschaften, leider durch die Verhältnisse gezwungen, nicht auch die Arbeit ruhen lassen können; zweitens, weil die Arbeitsruhe solche Opfer kosten würde, die dem Werthe einer derartigen Eingebildemonstration nicht entsprechen. — Niemand kann die achtstündige Arbeitszeit fehnlicher herbeiwünschen als die Schriftgießer, die bei ihrer ungesunden Arbeit in den besten Jahren dahingerafft werden, daher werden sie immer den 1. Mai feiern, so gut wie nur möglich, dazu sind sie viel zu sehr vom sozialdemokratischen Geiste durchdrungen und alle, die mit ihnen in derselben Branche thätig sind.

Im Auftrage des Vorstandes:
G. Reinde, Schriftführer, NW. Stromstr. 5.

Genossenschafts - Bäckerei

für Berlin und Umgegend.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Beabsichtigte und unbedachte Täuschung seitens der Konkurrenz veranlaßt uns, unser Fabrikat durch eine Marke zu schützen, die wir hiermit den werthen Genossen und Genossinnen bekannt geben und zu beachten bitten.



Mit dieser Marke ist jedes unserer Brote belegt, und bitten wir bei Forderung von Genossenschafts-Brot darauf zu achten, daß das verabreichte Brot diese Marke trägt.

Der Vorstand.

Ausstellung Italien

in Berlin

Mai—October 1894

auf dem Terrain der West-Eisbahn
(Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. vt., gegenüb. Andreaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtthain

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Große Ersparniß im Haushalt!
F.F. Resag's Kaffeeersatz

macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. **à Pfund 40 Pf.**

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten**
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Cohn's Hofenfabrik,
als billigste Quelle Berlins für Herreu- u. einzelne Kinderhosen befindet sich jetzt 60012
Pallisadenstr. 5, part.

1000 Damen-
Regenmäntel von 4—20 M. Frühjahrs-jaquets und Capes von 2—10 Mark. Koffer- und Partienwaaren - Handlung, **Landbergerstr. 48, I.**

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Benthstr. 2.

Neu erschienen:

Zweite Auflage

von **Antisemitismus und Sozialdemokratie.**

Von **A. Bebel.**

— Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. —

Internationales aus dem „Volksstaat“

(1871—1875).

Von **Friedrich Engels.**

72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Porto: 5 Pf.

Inhalt: I. Adermanns Herr Vogt (1871). — II. Die Bakunisten an der Arbeit (1873). — III. Zwei Flüchtlingkundgebungen: a) Eine polnische Proklamation (1874). b) Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge. — IV. Soziales aus Russland 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Gegen den Militarismus.

Von

A. Bebel und W. Liebknecht.

56 Seiten Großoktav mit Umschlag.

Preis einzeln 10 Pf., Porto 3 Pf., in Partien 6 Pf. franko.

Wider Gottes- und Bibelglauben.

Zwei Schriften von **Dr. A. Douai.**

I. ABC des Wissens für die Denkenden. II. Eine Antwort an die Bekennere des Theismus.

Preis 30 Pfennig. Porto 5 Pfennig.

Um den Bestellern die Nachnahmegebühren zu ersparen, bitten wir bei kleineren Bestellungen den Betrag der Bestellung gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung vorher einzufenden.